DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER Seite 6

Corona-Terror in Bildungsstätten: Studenten setzen sich weltweit zur Wehr, Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 84 ab Samstag, 26. März 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

OHNE FREIE PRESSE KEINE DEMOKRATIE: STOPPT DIE HEXENJAGD AUF KRITISCHE JOURNALISTEN!



»Je suis Willem!«

»Eine Strategie des Widerstands gegen den Totalitarismus«

Von Willem Christiaan Engel und DW-Redaktion

Niederlande: Der Wahltag des 16. März 2022 wurde von einem alarmierenden Vorfall überschattet. Als der niederländische Menschenrechtler, studierte Biopharmazeut und Journalist Willem Christiaan Engel sein Wahllokal in Rotterdam verließ, wurde er auf offener Straße wegen vermeintlicher Aufwiegelung verhaftet. Er soll bis zum Prozessauftakt am 30. März in Haft bleiben.

Engel hatte mit seiner Initiative »Viruswaarheid« über die Corona-Politik aufgeklärt und war schon mehrfach erfolgreich gegen die staatlichen Maßnahmen vor Gericht gezogen. Beim Urnengang zeigte sich, wie das wankende Corona-Regime unter Ministerpräsident Mark Rutte gegen seine Kritiker vorgeht. Die niederländische Demokratiebewegung stand sofort auf der Matte und zog am Sonntag, den 20. März mit Transparenten wie »Je suis Willem« durch Amsterdam, um seine sofortige Freilassung zu erzwingen. Holland ist außer sich, auch wieder erneut viele derer, die sich zunächst der Corona-Lüge gebeugt hatten. Weltweit kommt es zu massiven Protesten.

Eine ganze Riege an Politikern steht mit dem Rücken zur Wand und ist als zutiefst verbrecherisch entlarvt. Die Kommunalwahlen in den Niederlanden vergangene Woche haben auch gezeigt, wie gering das Vertrauen der Niederländer in die Politik ist. Die Wahlbeteiligung erreichte ein historisches Tief von 50,3 Prozent. Im Folgenden bringt die Redaktion der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* einen Vorabdruck aus dem kommenden DW-Magazin, das ab 28. März 2022 auf *demokratischerwiderstand.de* und im Zeitschriftenhandel zu beziehen sein wird. In dem Originalbeitrag für das zweite Jahresmagazin der Demokratiebewegung legt Willem Christiaan Engel Strategien der Demokratiebewegung der Zukunft dar.

Weiterlesen auf Seite 14

Foto: Persgroep / De Andere Krant

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 84. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Stelldichein mit Dietrich

Der Preis der Republik geht an Dietrich Brüggemann.
LAUDATIO von Anselm Lenz



»Gekünstelte Dialoge. Reglose Gesichter. Ausführliche Rückenansichten von Leuten. Zäh zerdehnte Zeit. Willkommen in der Welt des künstlerisch hochwertigen Kinos, willkommen in einer Welt aus quälender Langeweile und bohrender Pein.«

So beschrieb Dietrich Brüggemann das Kino der »hochbegabten« Oberschichtkids, die den deutschen Film bis zum Gehtnichtmehr zugrunde kunsteten. Es würde mich also leichter stimmen, mit Klaus Lemke dem Brüggemann ein Ständchen für seine Filme zu singen. Vom Albrecht-Schrader-Video (Musiker des Kapitalismustribunals) bis zum Murmeltier-Tatort.

Aber auch in diesem Fall grüße ich kollegial-bewundernd und nicht von oben herab. Brüggemann hat mit den Aktionen #AllesDichtMachen, AllesAufDenTisch und zuletzt #DankeFürAlles die Kunst verteidigt. Eine Ironie des Schicksals, dass dies beim abermaligen Versinken der Kulturproduktion in Gleichschaltung oder Exilantentum, Brüggemann zu seinem historisch haltbarsten Werk reifte – eben diesem: Nein, die Kunst in Deutschland fällt nicht auf Fingerschnippen in Nazi-Muster zurück. Sie steht in ihrem Tun auch über dem Staatsapparat und der »Diktatur der (vermeintlichen) Mehrheit«. Sie ist frei. Wir sind frei. Frage vor dem G-zerstörten Café Cinema in Berlin: »Weil wir gar nicht anders konnten, haben wir uns bereits unsterblich gemacht, Du wie ich. Ob die perversen Schweine uns dafür umbringen werden?« – Wir sehen uns.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmerman, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

am 28. März 2020 fand die erste Demonstration gegen das Notstands-Regime auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz statt.
Wir feiern zwei Jahre Demokratiebewegung, die größte, die die Welt je gesehen hat (S. 6). Auch mit einem Jahresrückblick auf das zweite Jahr im Widerstand (S. 15).
Bei all dem Elend: Wo wären wir jetzt, wären wir nicht dagewesen?
Wir lassen uns weiterhin in keinen Krieg hetzen. Vor allem in keinen, der nur zum Preis der Vernichtung des Menschen beendet werden kann (Seiten 12-13).
Hochachtungsvoll, demokratisch

♡-lich,

Sodenkamp

Gunnar Kaiser (Hg.): »Wie konnte es nur so weit kommen?«



Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, Berlin Dezember 2021. 130 Seiten, 15 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel ohne G an der Ecke.

*Schenkungen mit Verwendungszweck »*Crowdfunding*« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Dystopien und Utopien

EINWURF *von Werner Köhne*

Alle Utopien streben nach einem Ort, der tief in der Kindheit verborgen liegt und als Heimat unserem unauslöschlichen Verlangen nach Freiheit und Geborgenheit ein Ziel vorgibt. Ohne das wäre unser späteres Leben sinnlos.

An diese Einsicht des Philosophen Ernst Bloch muss ich denken anlässlich der Chronik der Ereignisse. Bloch hat die Utopien nicht in eine Ideologie gezwungen, welche die Zukunft berechenbar macht wie der Himmel oder auch die perfekte Gesellschaft. Letztlich sieht er jegliche denkbare Erfüllung des U-Topischen vorgegeben in Augenblikken der Kindheit – Momentaufnahmen, die wohl allein ein Kind in Form eines Urvertrauens auf der Schiene seines Lebens mitnimmt. Im günstigsten Falle allerdings nur, denn die Kehrseite dieser kindlichen Besonderheit kann auch ein Albtraum sein – eine Dystopie.

Gerade an die muss ich denken, wenn ich zwei Motive des Corona-Narrativs in den Fokus rücke: Die Maskenpflicht für Kinder einerseits und das oberste Prinzip der »Erzählung«: die pure Selbsterhaltung andererseits. Angesichts dieses Rigorismus hatte sich ja die Einsicht breit gemacht, dass Kinder als »Virenschleuder« auftreten und nicht als Opfer der Infektion – die sie ja auch nie waren. Diese abartige Vorstellung von der Virenschleuder ließ sich in die »Selbsterhaltungsphilosophie« so einordnen: Kinder müssen Masken tragen, weil sie mit ihrem wilden Gezappele diese Maßnahme zur Sicherung des Lebens in Frage stellen. Sie wollen leben, nicht überleben wozu sie gezwungen werden.

Das hat gewirkt. Kinder in einem Schulbus wirken oftmals wie gelähmt, albern nicht herum, schreien kaum – scheinen überhaupt nur schwer empfänglich für vertrauensbildende Naherfahrungen. Ihre ihnen per Dekrete aufoktroyierte Ferne zum Bloch´schen Bild von Freiheit und Geborgenheit erscheint täglich geradezu schmerzlich spürbar.

Demgegenüber steht die Maxime vom Great Reset, die ja auch auf Vergangenheit setzt. Sie macht indes keinen Unterschied mehr zwischen Kindheit und Erwachsensein. Die Transformation in den neuen Menschen hat auch keine Antennen mehr für Utopien, die in der Rückwendung auf ein verlorenes Heimatgefühl stoßen. Der »neue Mensch« wird jeden Unterschied dieser Art einplanieren.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: ***wernerpaulkoehne@gmail.com***

DIE PANDEMIE DER TREUDOOFEN

Um die Widersprüche des Impf-Regimes aufzudecken, reicht es aus, Altmedien und offizielle Veröffentlichungen etwas näher unter die Lupe zu nehmen. | Von Markus Fiedler



Eine Demokratin für freie Spritzentscheidung *Foto: Sandra Doornbos*

Die Diskrepanzen zwischen versprochenen und schließlich gelieferten Leistungen des Pharmaindustrie-Komplexes könnten gravierender nicht sein. Selbst den gutgläubigsten Konsumenten der *Mainstream*-Presse sollten die zahlreichen Lügen, Falschinformationen und faulen Versprechungen des Corona-Regimes inzwischen aufgefallen sein.

Die *Kölner Rundschau* berichtete am 8. März 2022 unter der Überschrift »Warum werden sterbende Menschen gegen Corona geimpft?« von unvorstellbaren Vorgängen in Seniorenheimen und berichtet über die Erlebnisse von Altenpflegern. »Ärzte, die nicht ausdrücklich zum Impfen bestellt worden seien, hätten beispielsweise eine Patientin geimpft, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr entscheidungsfähig gewesen sei. Kollegen hätten der Pflegerin, die ihre Erlebnisse auf Facebook teilte, von ähnlichen Fällen berichtet. Es gebe Fälle, in denen Patienten zwölf Stunden vor ihrem Tod noch geimpft worden seien. Es treffe hauptsächlich Patienten, ohne Vormundschaft und stets ohne Angehörige oder Bekannte.« Hier geht es offensichtlich um Geldmacherei, denn die Impfungen von sterbenden Patienten macht medizinisch und ethisch überhaupt gar keinen Sinn.

MEHR KRANKE DURCH »IMPFUNG«

Der Österreichische Wochenblick fasste die Impfnebenwirkungen auf Basis von Abrechnungsdaten der Krankenkassen folgendermaßen zusammen: »Für das gesamte Jahr 2021 seien insgesamt 136.609 BKK-Versicherten 383.170 Arbeitsunfähigkeitstage im Zusammenhang mit den kodierten Impfnebenwirkungen/Komplikationen ärztlich bescheinigt« worden, was etwa 100-mal mehr »impfbedingt« kodierte Verhinderungsfälle bedeutet als im Jahresschnitt vor Beginn der Impfkampagne.

Die Abrechnungsdaten der Krankenkassen wurden vom inzwischen deutschlandweit bekannt gewordenen Datenanalysten Tom Lausen ausgewertet und korrelieren eng mit den Nebenwirkungen, die in der Datenbank der europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) beziehungsweise in der VAERS Datenbank der US-amerikanischen Seuchenbehörde (CDC) registriert sind. Ein Meer an Fakten und Indizien deutet klar auf massive Nebenwirkungen durch die Impfungen und nicht nur im entfernten zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen hin. Zwischenzeitlich fragte sich auch der *Mitteldeutsche Rundfunk*, woran es liegen könnte, dass der Anteil von »Geboosterten« auf den Intensivstationen rasant zunimmt.

In einem Artikel von *Die Presse* vom 2. September 2020 können Hinweise gefunden werden, die die Mär vom im Oberarmmuskel verbleibenden Impfstoff eindeutig widerlegen. Uğur Şahin, CEO von Biontech, wird dort mit den folgenden Worten zitiert: »Für den Covid-19-Kandidatimpfstoff haben wir Lipid-Nanopartikel gewählt, die eine Wanderung aus den Muskelzellen in Lymphknoten begünstigt. Dendritische (Antigen-präsentierende, Anm. d. R.) Zellen präsentieren dann das entstandene S-Protein dem Immunsystem.«

GENINJEKTION BEFÄLLT ALLE KÖRPERTEILE

Selbstverständlich wandert der Impfstoff in die Lymphknoten und auch ansonsten überall hin. Nieren, Leber und auch die Eierstöcke waren betroffen. Außerdem sei nochmals auf die Arbeiten des Internetportals *pathologie-konferenz.de* hingewiesen. Die Pathologen Prof. Dr. Burkhardt und Prof. Dr. Lang konnten das *Spike*-Protein aus Impfungen in Lungengewebe, Herzmuskelgewebe, Skelettmuskulatur, Gehirn, Aorta, Bauchspeicheldrüse und Milz nachweisen. Aus den freigeklagten Unterlagen aus Japan zu Tierversuchen mit dem BNT162b2-Präparat wissen wir bereits, dass der Gen-Impfstoff auch in den Gonaden der Tiere zu finden war, also auch die Fortpflanzungsorgane nebst Eizellen und Samenzellen sind von den Genspritzen betroffen.

In den Bundesländern Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Thüringen sind inzwischen Urteile gegen die Verkürzung des Genesenen-Status auf drei Monate ergangen. Die Urteile betreffen jeweils Einzelfälle, deren Genesenen-Status wieder auf sechs Monate verlängert wurde. Es sieht danach aus, dass sich an den Gerichten die Einsicht durchsetzt, dass die willkürlich festgelegte und rechtswidrig über das Robert Koch-Institut veröffentlichte Meldung zum verkürzten Genesenen-Status verwaltungs- und verfassungsrechtlich aus verschiedenen Gründen unhaltbar ist.


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

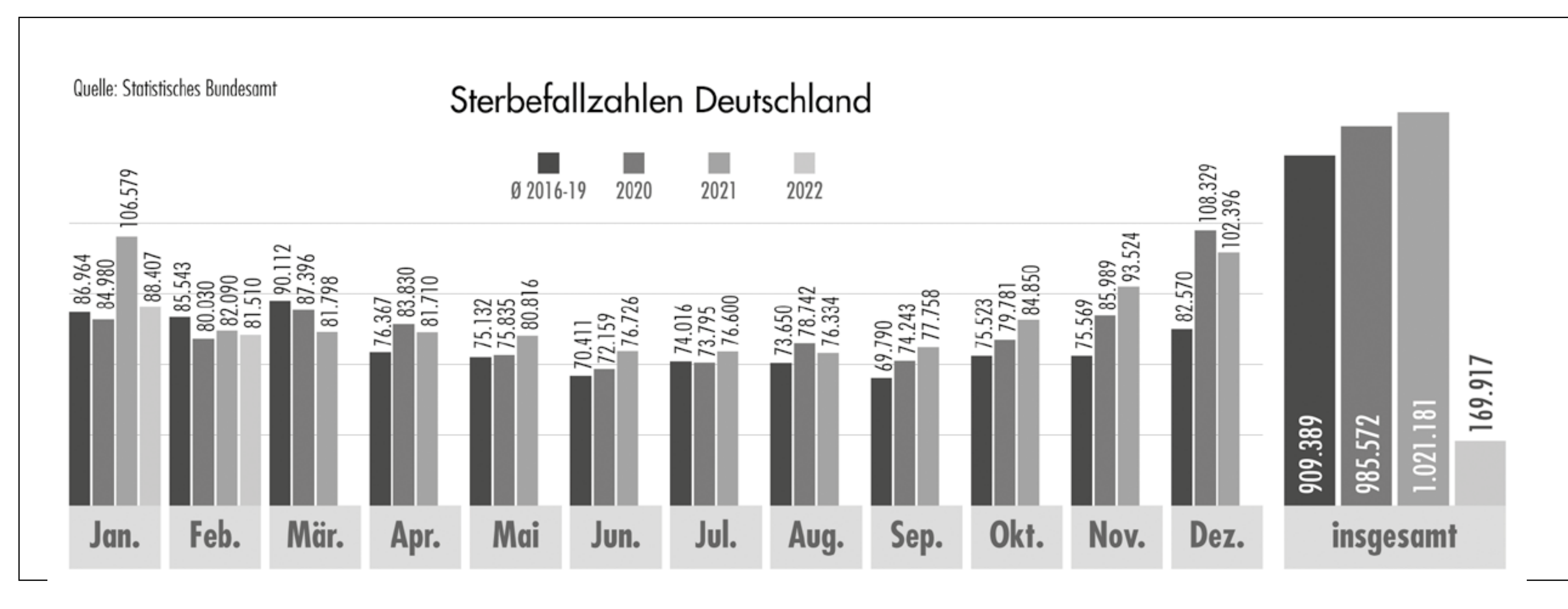
MELDUNG

NEUSEELÄNDER STÜRZEN GESUNDHEITSDIKATUR

Wellington/DW. Die umstrittene neuseeländische Ministerpräsidentin Jacinda Ardern hat am 23. März 2022 bekanntgegeben, dass der neuseeländische Staatsapparat erhebliche Teile des Corona-Terrors gegen die Bevölkerung wieder aufgibt.

Dazu zählen der Versuch des Impfzwangs für etliche Berufsgruppen, die Nachverfolgung von Menschen mit Smartphones und der Segregationsversuch der Bevölkerung bei Gaststätten et cetera. Ardern war durch massive gewaltbereite Aufstände unter anderem der Maori unter Druck geraten und in Neuseeland nicht mehr in der Öffentlichkeit sichtbar.

Zuletzt entzogen ihr Teile der Armee und der Polizei wohl das Vertrauen, heißt es in Berichten der Demokratiebewegung des Landes. Es wird spekuliert, ob Ardern sich für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit demnächst vor Gericht zu verantworten hat oder die Terrormaßnahmen wieder versuchen wird auszuweiten. (ale)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

DIE BESTEN MÜSSEN IMMER ZUERST GEHEN

Berlin/DW. Dem ehemaligen Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums Stephan Kohn wurde am 16. März 2022 vom Verwaltungsgericht Berlin der Beamtenstatus entzogen. Kohn hatte Anfang Mai 2020 in seiner Funktion als Oberregierungsrats im Referat Kritische Infrastruktur eine Analyse innerhalb des Innenministeriums und an die Innenminister der Bundesländer versandt. In dieser Arbeit kam er zu dem Schluss, dass die Corona-Maßnahmen auf einem Fehlalarm beruhen und die kritische Infrastruktur der BRD gefährden. Ein unbekannter Dritter gab das Dokument an die Öffentlichkeit weiter, wo es vielbeachtet wurde. Kohn wurde daraufhin vom Dienst freigestellt und vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) verleumdet. (hes)

LAFONTAINE BEENDET FAKTISCH LINKSPARTEI

Saarbrücken/DW. Der Gründer der Linkspartei Oskar Lafontaine trat am 17. März 2022 aus der Partei Die Linke aus. Die Partei habe den Anspruch aufgegeben, eine linke Alternative zur Politik der sozialen Unsicherheit und Ungleichheit zu sein, so der ehemalige Parteichef. Anlass war auch das Einknicken der Partei vor dem Corona-Regime. Lafontaine ist mit der Politikerin Sarah Wagenknecht verheiratet. Es wird gemutmaßt, dass auch sie in der nahen Zukunft aus der Linkspartei austreten werde. (hes)



Locke bei einem Viedeointerview mit dem Stuttgarter Demo-Organisator Michael Ballweg (rechts)
Foto: Domonik Pfau

PRÄZEDENZFALL FÜR UNABHÄNGIGE JOURNALISTEN

Ein Bürgerjournalist der »Freie Presse Sauerland« wurde mit fingierten Vorwürfen Opfer einer Hausdurchsuchung. | INTERVIEW zum Ablauf und den Hintergründen

DW: Sie haben Besuch von der Polizei bekommen. Was ist passiert?
Locke: In der vergangenen Woche am Mittwoch, den 16. März 2022, stand morgens um kurz nach sieben Uhr in der Frühe die Polizei bei mir zu Hause vor der Tür. Ich lag noch im Bett und war verwirrt als es klingelte. Ich öffnete unbedarft die Tür und da standen fünf mit Pistolen und Pfefferspray bewaffnete Beamte in Zivil vor meiner Tür. Sie sagten, dass sie einen Hausdurchsuchungsbefehl hätten und gerne einmal eintreten würden.

Was war der Vorwurf?
Sie sagten Urkundenfälschung und der Vertrieb gefälschter Presseausweise. Sie durchwühlten meine Schränke und meine Unterlagen und beschlagnahmten meinen Computer und mein Handy.

Absurde Vorwürfe, da es gar keine Urkunde namens Presseausweis gibt. Jeder kann sich wie im Film einen Zettel schreiben, wo Presse drauf steht und sich den hinter die Hutschnur stecken. Und Sie sind sogar journalistisch tätig, oder?
Ja. Wir haben die Freie *Presse Sauerland* nach den riesigen Demonstrationen in Berlin im August 2020 gegründet, um ehrenamtlich und zuverlässig Polizeieinsätze bei Demonstrationen per Video und *Livestream* zu dokumentieren. Wir haben auch Interviews mit Personal aus dem Krankenhaus geführt, an Pressekonferenzen teilgenommen, haben das Geschehen in hiesigen Impfzentren dokumentiert und den Bundestagswahlkampf begleitet. Aus einigen Ländern der Welt berichten Leute für uns. Unter anderem Joska Ramelow aus Großbritannien, der Bruder des thüringischen Ministerpräsidenten.

Worum ging es also bei dem Einsatz?
Einschüchterung und politische Verfolgung. Außerdem habe ich die Vermutung, dass die Polizei einer Klage von Urheberrechtsverletzung nachgeht, die die hiesige *Westfalen Post* gegen die *Freie Presse Sauerland* erhob. Für diese Klage suchen sie einen Schuldigen. Der Vorwurf der Urkundenfälschung scheint mir der billige Vorwand zu sein, um an uns heranzukommen und über unsere Geräte mehr über Verantwortlichkeiten, unsere Struktur und Kontakte zu erfahren.

Nicht sehr rechtsstaatlich. Welche Schritte werden Sie gegen dieses Gebaren der Staatsmacht unternehmen?
Ich habe mir erst einmal einen Anwalt genommen, Ihren Kolumnisten Dirk Sattelmaier. Da warten wir auf Akteneinsicht und entscheiden dann weiter. Die Anschuldigungen sind haltlos. Das Ganze ist ein Präzedenzfall für alle anderen freien Journalisten. Bei Demonstrationen wird Videojournalisten von der Polizei regelmäßig der Vorwurf gemacht, dass sie einen gefälschten Presseausweis hätten und gar keine Reporter wären. Dabei ist jeder Mensch, der bei Demonstrationen mit der Kamera dokumentiert und die Aufnahmen veröffentlicht, journalistisch tätig und kann deshalb auch einen Presseausweis bei sich führen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Locke tritt unter Pseudonym an die Öffentlichkeit, um weitere Nachteile für seine Familie zu vermeiden. Die Freie Presse Sauerland (FPS) ist über den Kurz- und Rundbriefanbieter Telegram zu erreichen: t.me/freiepresse-sauerland – Dort gibt es auch die Möglichkeit zu spenden. Am Ende des Gesprächs machte er einen bescheidenen Aufruf für den Ersatz seines konfiszierten Computers.

WOCHE DES ZUGRIFFS

Das deutsche Ermächtigungs-Regime fühlt sich beleidigt und schlägt zu.
Von Hendrik Sodenkamp

Das deutsche Innenministerium ließ keine Zeit verstreichen, um den neuen »Zehn-Punkte-Plan gegen Rechts« umzusetzen. In ganz Deutschland gab es Verhöre und Hausdurchsuchungen. Es traf nicht »Die Rechtsextremen«, sondern wie erwartet Oppositionelle aller Art.

Der Termin lag genau eine Woche zurück: Am 15. März 2022 hatte sich Nancy Faeser vor die Hauptstadtjournalisten gesetzt und neben den Leitern des Bundeskriminalamtes (BKA), des Inlandsgeheimdienstes und der Bundeszentrale für politische Bildung einen neuen Aktionsplan gegen »Rechtsextremismus« verkündet.

Am 22. März 2022 schlug dann das BKA zu. Bundesweit wurden über 100 Wohnungen durchsucht, weil die dortigen Bewohner in den »sozialen Netzwerken« abfällig über Politiker gesprochen hatten. Bei den Durchsuchungen wurden Laptops, Mobiltelefone und Datenträger beschlagnahmt. »Wer Hassbotschaften postet, muss damit rechnen, dass danach die Polizei vor der Türe steht«, feixte BKA-Präsident Holger Münch im Anschluss drohend in die Kameras. Auch aus Hamburg erreichten die DW-Redaktion Nachrichten, dass die Polizei Razzien durchführte. Der Anlass hier: Angeblich gefälschte Gesundheitszeugnisse. Bei einem der Redaktion bekannten oppositionellen Gewerkschafter nutzen die Beamten nicht die Klingel, sondern brachen gleich die Tür auf. Glücklicherweise befanden sich zu dem Zeitpunkt die dort wohnenden kleinen Kinder nicht in der Wohnung.

DEMOKRATIE, DAS SIND SIE?

Innenminister Faeser sieht in der Opposition eine »Verrohung und Verachtung gegenüber Staat und Demokratie, die konsequentes Handeln erfordert«. Erklärtes Ziel ist die Zerschlagung von Netzwerken und ein finanzielles »Trockenlegen«. Mit ihren sogenannten Aktionstagen, die aus Hausdurchsuchungen und Verhören bestehen, will die Innenministerin und ihr Apparat die Opposition einschüchtern, vor den Nachbarn bloßstellen, stigmatisieren und mit hanebüchenen Gerichtsverfahren beschäftigt halten. Offenkundig ist, dass sie dabei auf immer absurdere Vorwürfe zurückgreifen: Urkundenfälschungen aller Art und Beleidigungen, die neudeutsch »Hass und Hetze« heißen. Vor einigen Jahren noch hatte der stromlinienförmig agierende Satiriker Jan Böhmermann allgemeinen Beifall erheischt, weil er den Herrscher eines fernen Morgenlandes beleidigte. Der Majestätsbeleidigungsartikel wurde daraufhin abgeschafft, um jetzt für »Die Demokratie« wiederzukehren. Das Corona-Regime zeigt auf immer mehr Ebenen seinen neofeudalen Kern. Jan Böhmermann konnte sich damals sicher sein, dass er die Hilfe seiner Zunft bekam. Ging es doch vollkommen ungefährlich gegen einen ausländischen Machthaber. Wer springt jetzt den hiesigen Oppositionellen bei, die nicht bequem aus der Ferne kritisieren, sondern etwas für die Menschen vor Ort erreichen wollen?



Foto: mkfotografie.nl

Niederländische Demokratin fordert die Freilassung des Maßnahmenkritikers Willem Engel. Dessen Verhaftung war eine Strafanzeige von Norbert Dikkeboom vorausgegangen, einem Privatmann, der für ein Unternehmen der Medizintechnik arbeitet. Dikkeboom hatte im Zuge seiner Strafanzeige mit Hilfe des Internets und der Massenmedien über 22.000 Unterschriften gegen Engel gesammelt. Die Vorwürfe gegen Willem Engel lauten: Volksverhetzung, Verbreitung von medizinischen Fehlinformationen, Aussagen mit terroristischen Inhalten sowie Veruntreuung von Spendengeldern. Laut Engels Kollegen liegt eine Audioaufnahme vor, in der Dikkeboom berichtet, er habe für die Anzeige Hilfestellung von der Staatsanwaltschaft erhalten. In einer Gesprächsrunde des niederländischen TV-Senders NPO 1 sagte Dikkeboom über Engel: »Ich sehe ihn ein bisschen wie Unkraut.« (vos)

Es tönen die Lieder, die Impfpflicht kehrt wieder!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Was für ein Auftritt! Was für eine Farce! Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) war auf Staatsbesuch in Katar, um über neue Energie-Kooperationen zu sprechen. Auslöser sind die Sanktionen Deutschlands gegenüber Russland, zukünftig dort kein Gas mehr einzukaufen.

Dass vor allem die Deutschen unter den Maßnahmen leiden, stört den bekennenden Vaterlandshasser wenig, ebenso die politischen Verhältnisse im Land des neuen Energiepartners. Auf einem Pressefoto bückt (!) sich der deutsche Minister allen Ernstes mit gesenktem Haupt vor dem Emir in Katar. Noch im Januar 2020 kritisierten die Grünen den FC Bayern für sein Trainingslager in Katar aufgrund der besorgniserregenden Menschenrechtslage. Nun wird um Gas und Öl gebettelt. Ein jämmerliches Bild, ein Bückling, der seinesgleichen sucht!

GRÜNER JUNGER MIST WILL IMPFPFLICHT

Emilia Fester (Die Grünen), jüngstes Mitglied im Bundestag, bis dato glücklicherweise unbekannt, steht dem Partei-Kollegen Habeck an Peinlichkeit und Dummheit in nichts nach. Die hysterisch veranlagte junge Frau hielt am vergangenen Mittwoch eine Rede zur Impfpflicht ab 18, die es in sich hatte: faktenfrei und voller Ideologie. Eine Ausbildung oder gar ein Studium hat Fester nicht – und so reiht sie sich auch diesbezüglich in eine Reihe vieler Grünen-Blender ein. Die mangelnde Bildung erklärt die evidenzbefreite Aneinanderreihung von Glaubenssätzen. So behauptete Fester, dass sie wieder frei wäre, wenn alle so vernünftig gewesen wären und sich hätten impfen



Gleichgeschaltete Justiz: Deutschland 2022 ohne Gewaltenteilung. *Foto: Sandra Doornbos*

lassen. Und sie klagte weiter: »Nicht die Impfpflicht ist die Zumutung, sondern keine Impfpflicht ist die Zumutung – die Zumutung für die solidarische Mehrheit.«

Puh! Hat Fester nicht mitbekommen, dass die Impfung gegen Covid-19 keine sterile Immunität bietet? Weiß Fester nicht, dass vermehrt »Geboosterte« auf den Intensivstationen liegen? Ist Fester immer noch nicht aufgefallen, dass weder Masken, Impfungen noch Niederschlüsse den Virus beeindrucken?

RECHTE DIAGNOSE FÜR LAUTERBACH

Und während sich Die Grünen im totalitären Einheitsbrei für die Impfpflicht im Bundestag vor allem gegenseitig beschwurbelten, plädierte Matthias Helferich (AfD) für Freiheit. Launig eröffnete er seine Rede mit einer medizinischen Diagnose in Richtung Lauterbach: »Jüngst attestierte der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach dem russischen Staatspräsidenten per Ferndiagnose eine narzisstische Persönlichkeitsstörung. Da ich mir eine ähnliche psychoanalytische Fachkompetenz zutraue, erlaube ich mir nun mal eine Ferndiagnose. Das ›Münchhausen-by-proxy-Syndrom‹ ist eine Sonderform der artifiziellen Störung, bei der physisch gesunde Personen bei einem anderen Menschen, häufig dem eigenen Kind, Krankheiten vortäuschen oder bewusst herbeiführen, um anschließend eine medizinische Behandlung zu verlangen. Der Täter macht das Opfer krank, um dadurch Anerkennung und Aufmerksamkeit zu erlangen. Auch wenn keine Gefährdung des Opfers besteht, treibt es der Täter in zahlreiche medizinische Behandlungen. Na, kennen Sie das Krankheitsbild und möglicherweise den Erkrankten, Herr Lauterbach?«

PAPIERMANGEL SCHLÄGT IMPFPFLICHT?

Und wo wir schon bei psychischen Diagnosen sind – haben Sie die Erklärung der gesetzlichen Krankenkassen vernommen, und warum sich diese gegen eine Impfpflicht aussprechen? Es gäbe nicht genügend Papier, um Einladungen zur Impfung zu versenden, so die fachkundige Erläuterung. Nun, wir wissen ja alle, dass diese Begründung die einfachste ist. Schließlich haben alle die schnelle Entlassung des Chefs der Betriebskrankenkassen (BKK) erlebt, als dieser Hochrechnungen zu Impfschäden (zahlenbasiert) veröffentlichte.

Also, bleiben Sie wach! Wir wissen alle, die Impfpflicht ist nur Mittel zum Zweck und noch lange nicht vom Tisch. Denn solange die Verfassungsbrecher an der Macht sind, sind wir noch lange nicht am Ziel.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Das Wunder von Solingen

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In der »Klingenstadt« Solingen trafen sich im Februar 2021 circa 60 bis 70 Maßnahmen-Kritiker in einer kleineren Industriehalle zum Abhalten einer politischen Versammlung, welche nach dem Anruf eines besorgten Nachbarn – der im Volksmund herabwürdigend auch gerne als Denunziant betitelt wird – von der Polizei gestürmt und aufgelöst wurde.

Aus Sicht der Verteidigung handelte es sich hierbei eindeutig um eine Versammlung, welche wiederum nach § 13 Abs. 2 CoronaSchVO seinerzeit ausdrücklich erlaubt war. Der vorsitzende Richter machte mir hier unmissverständlich klar, dass es sich aus seiner Sicht um eine verbotene Versammlung im Sinne von § 13 Abs.1 CoronaSchVO handelte und verurteilte in beiden Verfahren. Nun ereilte mich von einem der übrigen Teilnehmer ein schriftlicher Beschluss des AG Solingen, laut welchem er ohne Hauptverhandlung tatsächlich freigesprochen wurde. Zur Klarstellung: Diesem Teilnehmer wurde nichts anderes vorgeworfen als meinen Mandanten. Als ich begann, die Begründung für diesen Freispruch zu lesen, traute ich meinen Augen kaum: Tatsächlich stand da genau die Begründung, die ich seinerzeit ins Feld geführt hatte.

Es habe sich um eine erlaubte Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes gehandelt, weshalb hier keine Sanktion ausgesprochen werden dürfe und der Betroffene aus rechtlichen Gründen freizusprechen war! Und als ich den Namen des unterzeichnenden Richters las, hat es mich dann vollends aus den Schuhen gehauen: Es war natürlich nicht »mein« Richter, der von einer plötzlichen rechtlichen Erleuchtung heimgesucht worden war, sondern kein geringerer als der Direktor des AG Solingen, der diesen Freispruch mit exakt meiner Argumentation verfasst hat! Ein Satz in dieser Begründung ist mir dabei besonders in beide Augen gesprungen: »Auch Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker haben das Recht auf Versammlungsfreiheit«. Der Fall zeigt: Es gibt noch einen Teil in der Richterschaft, der das Versammlungsrecht versteht und korrekt anwendet. So macht das »Wunder von Solingen« doch noch Hoffnung.

FESTNAHMEN WEGEN IMPFPFLICHT?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Nachdem der niederländische Aktivist Willem Engel am 16. März verhaftet wurde, traf es am 22. März die französische Rechtsanwältin Virginie de Araujo-Recchia. Meine Kollegin wurde vom französischen Inlandsgeheimdienst DGSI festgenommen, ein Tatvorwurf war zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt, wir werden hier weiter berichten.

Willem Engel forderte regelmäßig ein »Tribunal« gegen die Verantwortlichen des Covid-Regimes. Virginie de Araujo-Recchia hat in Frankreich mehrere Strafanzeigen gegen Medienherausgeber sowie gegen die Mitglieder der gemischten paritätischen Kommission, die den Impfpass für gültig erklärte, eingereicht. Es wird daher Zeit die Frage aufzuwerfen, inwiefern sich die politisch Verantwortlichen in Deutschland strafbar machen könnten, beispielsweise durch die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz (2006) eine Abwägung von »Leben gegen Leben« für verfassungswidrig erklärt. Der Staat darf also nicht töten, egal wie »gut« die Motive dafür sein mögen. Damals ging es um den Abschuss eines Flugzeuges, welches als Waffe benutzt werden sollte, um eine Vielzahl von Menschen zu töten. Aufgrund dieses Urteils machen sich die Verantwortlichen, die an der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland mitwirken, strafbar, da die Impfpflicht (schon rein statistisch) Menschen töten wird.

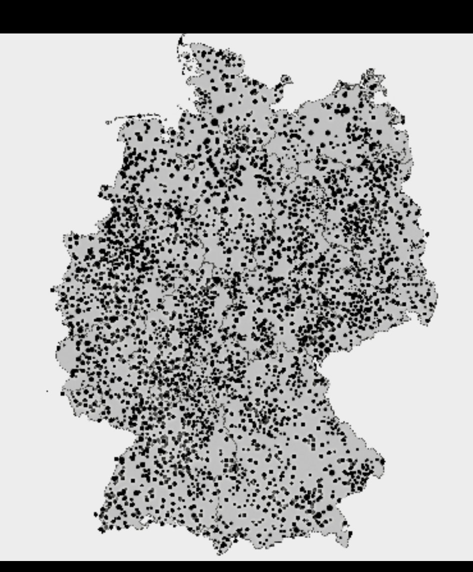
Nach Art. 46 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz können Abgeordnete grundsätzlich nicht wegen ihrer Abstimmung oder wegen parlamentarischer Äußerungen belangt werden. Es liegt ein sogenannter Strafausschließungsgrund vor, dieser wird als Indemnität bezeichnet. Indemnität stellt ein Verfahrenshindernis im Strafprozess dar, während die Immunität für Abgeordnete lediglich die Strafverfolgung für die Zeit des Mandats hemmt und deshalb kein echtes Verfahrenshindernis darstellt.

Diese Indemnität gilt aber weder für Mitglieder des Bundesrates noch für den Bundespräsidenten, der das Gesetz ausfertigen müsste. Auch die Regierungsmitglieder wären, jedenfalls in dieser Funktion, nicht vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt, was der Grund dafür sein dürfte, dass die Regierung keinen Gesetzesentwurf eingebracht hat.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Demokratiebewegung

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz – ALLERMÖHE, 17:00 Uhr, Fleet Platz – ALTENBURG, 18 Uhr, Brüderkirche – ALTOMÜNSTER, 18 Uhr, Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, Rathaus – AURICH, 18 Uhr, Rathaus – BAD PYRMONT, 17:15 Uhr, Springbrunnen oberhalb des Wasserlaufs – BERLIN-KARLHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee/Ehrenfelsstraße – BERLIN-KÖPENICK, 18 Uhr, Rathaus Köpenick – BAYREUTH, 19 Uhr, vor dem Opernhaus – Spaziergang – BITTERFELD, Markt, 18 Uhr – BLANKENESE, 18 Uhr, Blankeneser Martplatz – CHEMNITZ, 18 Uhr, Schillerplatz – DEIZISAU, 18 Uhr, vor dem Rathaus – EMMENDINGEN, 18 Uhr, Rathaus / Marktplatz – FRICKINGEN, 18 Uhr, Rathaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, Volksfestplatz – HERMSDORF, 18 Uhr, Stadthaus – GAILDORF, 18 Uhr, Rathaus – GLASHÜTTEN 18 Uhr, Bürgerhaus – GRIMMEN, 17:30 Uhr, am Ärztehaus– GRÜNSTADT, 18 Uhr, Stadtverwaltung Kreuzerweg – KASSEL, 18 Uhr, Friedenskirche – KIRCHBERG, 19 Uhr, Rathaus – KÖLN, 18 Uhr, Dom, an der Kreuzblume – NEUSÄß, 19 Uhr, Rathaus – NORDERSTEDT, Spektrum Kino Moorbekpark, 19 Uhr – RASTSTATT, 18 Uhr, Rathaus – ROSENHEIM, 18:45 Uhr, Rathaus – SÄCKINGEN, 18 Uhr, Rheinufer an der Kirche – SALZGITTER-LEBENSTEDT, 18 Uhr, Hinter dem Rathaus Parkplatz – SCHIFFWEILER, 18 Uhr, Rathaus – SCHMELZ, 18 Uhr, Rathaus – SCHMÖLLN, 19 Uhr, Marktplatz – SCHOTTEN, 18 Uhr, Altes Rathaus – SCHWAAN, 17:30 Uhr, Rathaus – SCHWEDT, Vierradener Straße/Friedensbaum, 19 Uhr – SENFTENBERG, Rathaus, 18 Uhr – STENDAL, Marktplatz, 18 Uhr – VÖLKLINGEN, 18 Uhr, Rathaus – WESTERLAND, Eingang Sylter Welle, 18 Uhr – XANTEN, 19:00 Uhr, Gradierwerk

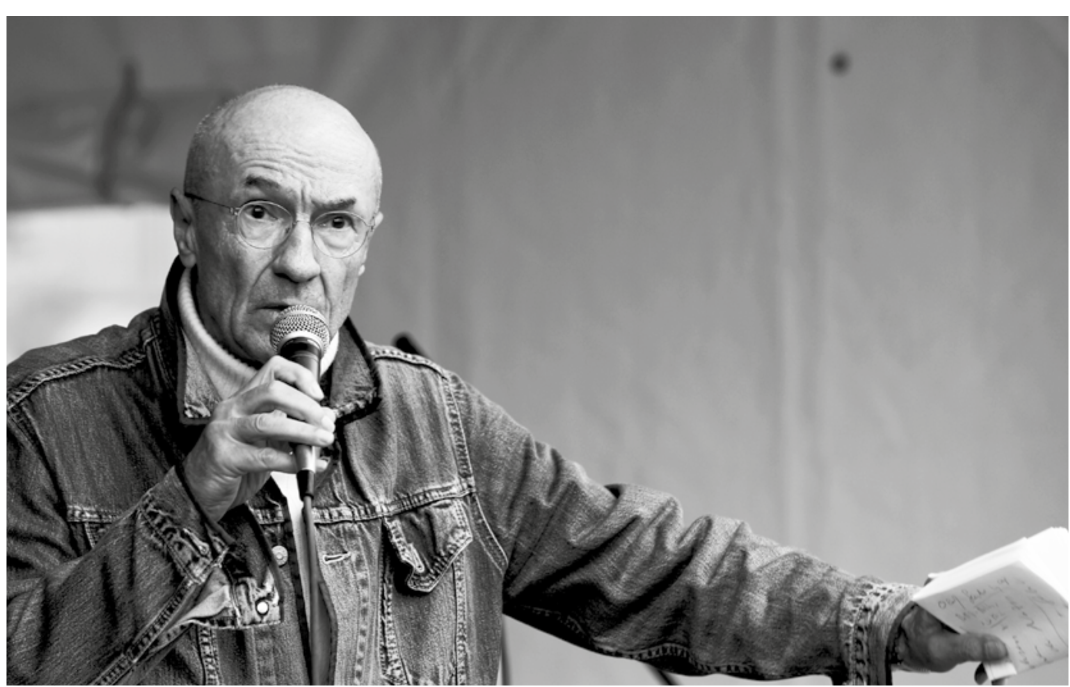


DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

26.3.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
26.3.2022 15-18 Uhr (jeden letzten Sa im Monat)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Demo für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und eine freie Impfentscheidung
26.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
26.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
26.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
26.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
26.3.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
26.3.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
26.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
26.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
26.3.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
26.3.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
26.3.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
26.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
26.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
26.3.2022 15-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz am Mendebrunnen	Spaziergang für Frieden und für eine freie Impfentscheidung
26.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
27.3.2022 14-17:00 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug - »Kids, Eltern & Musiker stehen auf«
27.3.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
27.3.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
27.3.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
28.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
28.3.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
28.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
28.3.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
28.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
28.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Breisach am Rhein, Stadteingansparklatz nahe Bahnhof	Montagsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
28.3.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Mathildenplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
28.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
28.3.2022 18:30-20:30 Uhr	Fürstenberg/Havel, Markt	Kundgebung und Demonstrationszug für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit
28.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
28.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
28.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
28.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
28.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
28.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
28.3.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
28.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
28.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
28.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
28.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
28.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
28.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
28.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
28.3.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
28.3.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
28.3.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
29.3.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
29.3.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
29.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
29.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
29.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
29.3.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
30.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
30.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
30.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
30.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
30.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
30.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
30.3.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
30.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
31.3.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
31.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
31.3.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
31.3.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
31.3.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
1.4.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
1.4.2022 18-21 Uhr	Hennigsdorf bei Berlin, Postplatz direkt beim S-Bahnhof	Lichterspaziergang gegen das Notstands-Regime
1.4.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
2.4.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
2.4.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
2.4.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johnnes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
2.4.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
2.4.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
2.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
2.4.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
2.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
2.4.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
2.4.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
2.4.2022 14-18 Uhr (jeder 1. Sa im Monat)	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele
2.4.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
2.4.2022 14-17 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Großdemo der Mitteldeutschen Initiativen - »Freedom Day? April, April!«
2.4.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
2.4.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Einer der Ersten auf der Straße: der Journalist Ulrich Gellermann *Foto: Hannes Henkelmann*

Happy Birthday, Demokratiebewegung!

Der 28. März 2020: Die Geburtsstunde der Demokratiebewegung. | Von Nicolas Riedl

In Danny Boyle's Zombie-Drama »28 Days later« erwacht der Protagonist 28 Tage nach einem Fahrradunfall alleine in einem Krankenhaus und muss feststellen, dass eine Zombie-Virus-Epidemie alle Verbliebenen Einwohner Großbritannien in Zombies verwandelt hat. Wäre jemand in Berlin am 1. März 2020 für 28 Tage ins Koma gefallen und hätte am 28. März einen Spaziergang durch Berlin Mitte gemacht, so hätte sich ihm auch ein sehr befremdlicher Anblick offenbart.

Die Menschen haben sich zwar nicht in blutrünstige Zombies verwandelt, doch offenkundig sind sie von einer wahnhaften Hypochondrie befallen worden, die sie dazu anhält, Abstand zu halten und das Gesicht mit einer Maske zu bedecken. Am Rosa-Luxemburg-Platz angekommen, würde sich unserem Protagonisten eine skurrile Szenerie darbieten. Da versucht ein Grüppchen von Leuten, Grundgesetz-Exemplare an die vorbeiziehenden Passanten zu verteilen. Die in einem unverhältnismäßigen Aufgebot anwesende Polizei geht hierbei mit rabiaten Mitteln vor, um dies zu unterbinden. Was ist in dieser kurzen Zeit nur passiert, fragt sich unser Protagonist.

Aus diesen 28 Tagen wurden nun beinahe schon 28 Monate. In zwei Jahren hat sich unsere Gesellschaft, gar die ganze Welt in einer Weise verwandelt, wie wir es zuvor für unmöglich gehalten hätten. Der 28. März war der Auftakt der Demokratie-Bewegung hier in Deutschland. Vom Rosa-Luxemburg-Platz aus ging die frohe Botschaft durch das im ersten Niederschluss befindliche Land, dass eine Widerstandsbewegung geboren war. Angetreten, um unsere Verfassung gegen Schlechteres zu verteidigen und selbige auf Basis des Grundgesetzes in freien Volksentscheiden zu erneuern. Erneuern, als dass sie gegen jedwede Form eines zukünftigen Putsches fortan immun ist. Diesem Ziel hat sich die Demokratie verschrieben, der Weg hingegen ist noch lang. Jetzt bist du, liebe Demokratiebewegung, schon zwei Jahre alt geworden. Gratuliert man dir zum Geburtstag, dann lacht das eine Auge, während das andere weint. Dein Dasein ist ein Tragisches. Tragisch ob der ambivalenten Gefühle, die man angesichts deines Seins hat. Als Demokratie- und freiheitsliebender Mensch ist man deiner Existenz dankbar, doch zugleich erinnerst du uns immerzu an den Grund, der dein Dasein notwendig macht. Es ist der Putsch einer technokratischen und globalkapitalistischen Eliten-Clique, die alles Leben bis in den letzten Winkel dieses Erdenrunds kontrollieren möchte, die sich anschickt, die letzten Reste eines freiheitlich-demokratischen Geistes auszutreiben.

Darum bist du entstanden, liebe Demokratiebewegung. Du bist aus der Not heraus geboren, in einer Zeit, in der mit einem Male alles das in sich zusammenfiel, was wir Menschen für sicher, stabil und unverwüstlich hielten. Einer Zeit, in welcher sich der Horizont des Erwartbaren und Vorstellbaren meilenweit nach hinten verschoben hat und uns die Orientierung nahm.

Dass nun schon zwei Kerzen auf deinem Kuchen brennen, macht uns deutlich, erinnert uns schmerzlich, wie weit bereits das Altbekannte, unsere Alten Ordnung zurück liegt. Diese zwei Kerzen sind Geburtstagskerzen und Grabkerzen zugleich. Vielleicht realisieren wir im Inneren mit Blick auf die zwei zurückliegenden Jahre, dass wir schon fast vergessen haben, wie sich diese Freiheit anfühlt. Aber du, liebe Demokratiebewegung, erinnerst uns immer wieder daran, für was wir unentwegt friedlich rausgehen, die Faust heben und es mit alledem aufnehmen.

DURCH ALLE HÖHEN UND TIEFEN

Und, hach ja! Was war das für ein zweites Jahr deines Daseins? Du hast dich – das muss man hier wirklich anerkennen – weiterentwickelt, bist gereift und größer geworden. Dabei schien es so, als sei dir im zweiten Jahr die Puste ausgegangen. Die Straßen leerten sich wieder. Viele Menschen widmeten sich dir nicht mehr mit der Beharrlichkeit, wie sie es im Niederschluss-Winter 2020/21 und dem vorangegangenen Sommer noch taten. Zu verlockend waren die zugestandenen Häppchen der rationierten »Freiheit« und die frischen Brisen des Frühlings und Sommers.

Doch mit den beiden Großdemos in Berlin des Augusts 2021 zeigtest du, dass du noch über freiheitliche Schlagkraft verfügst. Du als Bewegung bewiest Lenin post mortem, dass er falsch lag, als er zu Lebzeiten noch über die Deutschen spottete, sie würden keinen Bahnhof einnehmen, ehe sie sich ein Bahnsteigticket gezogen hätten. Was die Demokratiebewegungen in anderen, wesentlich weniger obrigkeitshörigen Ländern können, das kannst du mittlerweile auch.

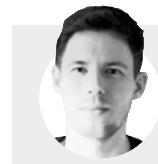
So scherten die Demokraten sich nicht länger um die Demo-Auflagen und Verbote, die dir in Berlin auferlegt wurden. Auch deswegen, weil die Feiermeute des Regenbogen-Kults sich nur wenige Tage zuvor in den Straßen Berlins – berechtigterweise – ungehindert bewegen konnte, wodurch die Auflagen nicht einer gewaltigen Doppelzüngigkeit entbehrten. So hast du zwei mal die Straßen Berlins mit der Fröhlichkeit der Menschen geflutet und damit den demokratisch in keinster Weise legitimierten Maßnahmenstaat bloß gestellt.

Doch im Herbst bist du dann irgendwie völlig aus der Puste geraten. Die Straßen waren leer wie schon lange nicht mehr, doch Gründe, auf die Straße zu gehen, gab es nach wie vor reichlich. Irgendwie warst du müde, erschöpft, von dem pausenlosen Ringen um Freiheit zermartert. Als man fast schon dachte, du würdest in den Winterschlaf gehen und vielleicht durch die narkotisierende Wirkung des Hygiene-Faschismus nie mehr erwachen, da entflammte in dir urplötzlich und wider allen Erwartens eine neue Flamme.

FRIEDEN, FREIHEIT, SELBSTBESTIMMUNG

Da waren mit einem Male die Spaziergänge, die organisch und doch so plötzlich überall zu sprießen begannen. Von den großen Metropolen, über die Kleinstädte bis in das letzte Kuhkaff erwachte ein bis dahin nicht gekannter Geist. Die Menschen zogen Montag für Montag spazierengehend und ohne Anmeldung durch die Straßen. Anarchistische Ansätze und das inmitten des Landes, welches in penibles Recht, Ordnung und Bürokratie vernarrt ist.

Deine ersten Gehversuche, liebe Demokratiebewegung, wurden zu einem ersten wahrlich selbstbewussten, aufrechten Gang, der sich auch von Widerständen nicht so einfach umstoßen ließ. Du hast dich weiterentwickelt, liebe Demokratiebewegung. Du hast Fuß gefasst. Das Spazierengehen hat eine bisher nicht gekannte Kraft freigesetzt. Vielleicht setzt du nun an zum Spaziersprint.



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.



KRITISCHE KRIMINOLOGIE VOR DEM AUS

KOLUMNE FREUND UND HELFER | ***Von Polizisten für Aufklärung***

Zum Wintersemester 2022/23 können sich zum wahrscheinlich letzten Mal Studentinnen und Studenten an der Universität Hamburg für den Studiengang Internationale Kriminologie immatrikulieren. Aber was ist Kriminologie überhaupt und welche Bedeutung hat diese Wissenschaft für die Untersuchung von gesellschaftlichen Entwicklungen?

Auf der Internetseite der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften, Fachgebiet Kriminologische Sozialforschung, findet sich die folgende Kurzbeschreibung des Begriffes Kriminologie:

»Kriminologie ist die Disziplin, die Gesellschaft von ihren Rändern und Abgründen, den Verletzungen und Bedrohungen her betrachtet. Hier zeigen sich genuin soziale Prozesse der Grenzziehung und Differenzierung, Ein- und Ausschließung, Normalisierung und Stabilisierung sowie der Herstellung von Ordnung und Recht.

In den vermeintlichen Extremen, die wir Terrorakte, Hate Crime, Flüchtlingskrise nennen, und den politischen Antworten, die sie nach sich ziehen, zeigt sich, was Gesellschaft ›ist‹ und wie sie sich herstellt. Im Zentrum kriminologischen Interesses stehen in diesem Sinne Fragen gegenwärtiger wie zukünftiger Sozialität unter Bedingungen der Unsicherheit und radikaler Ungewissheit.«

Sollte der Studiengang Internationale Kriminologie nach dem Wintersemester 2022/23 abgeschafft werden, dann entsteht eine nicht mehr zu füllende Lücke innerhalb der kriminologischen Forschung und insbesondere im Teilbereich der Kritischen Kriminologie.

Die Frage, ob diese Entscheidung eine politische oder ideologische Komponente aufweist bleibt offen. Offen bleibt auch die Frage, ob diese Entscheidung wirtschaftlich mit der Ausrichtung der Universität Hamburg als Exzellenzuniversität mit Schwerpunkten wie Klima- und Infektionsforschung zusammenhängt.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Ich lasse mir keine Feindbilder diktieren«

Oder »Wenn die Nachrichten in Dauerschleife nur über ein Thema berichten« | Von Hannes Henkelmann

In Münster spreche ich mit Tini über die Verteidigung einer Doktorarbeit und den Angriff auf die Demokratie sowie über Prüfungen, Plagiate und Psychologie.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Tini, ich bin 34 Jahre alt, verheiratet und komme aus NRW. Ich habe fünf Jahre Wirtschaftsrecht studiert und mir anschließend im Rahmen von *Work-and-Travel*-Reisen die Welt angeschaut. Seit drei Jahren schreibe ich für eine Agentur in der Schweiz als *Ghostwriter*.

***Ghostwriter*? Das klingt spannend. Wie muss ich mir das vorstellen?**
Ich schreibe keine Romane oder Autobiografien, ich verfasse wissenschaftliche Aufsätze, hauptsächlich in den Bereichen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Nicht selten nutzen finanziell bessergestellte Studenten diesen Service. Während der Auftragsabwicklung bleiben Auftraggeber und *Ghostwriter* vollständig anonym.

Also hätte Karl-Theodor von und zu Guttenberg Sie für seine Doktorarbeit gebucht, wäre er heute Kanzler? ;-)
Nun ja, ob er jetzt Kanzler wäre, ist hypothetisch, aber hätte Herr zu Guttenberg mich beauftragt, wäre es zumindest kein Plagiat geworden. Wir *Ghostwriter* schreiben nicht einfach ab, die Gedanken anderer Autoren werden stets als solche gekennzeichnet. Zudem nutzt die Agentur Plagiatsüberprüfungsprogramme, die Arbeit wird nach der Fertigstellung nochmals lektoriert und zusätzlich dienen interne *Rankings* der Qualitätskontrolle.



Die belesene Ghostwriterin Tini lässt sich von den Altmedien keine Feindbilder mehr aufschwatzen.
Foto: Hannes Henkelmann

Kurz gesagt, mit einem professionellen *Ghostwriter* wäre die Dissertation von Karl-Theodor besser gelaufen, wenn er sich bei der Verteidigung der Arbeit auch gut angestellt hätte.

Was machen Sie denn, wenn Sie nicht gerade in irgendeiner Disziplin habilitieren oder promovieren? Lesen Sie viel? Haben Sie Tipps auf Lager?
Empfehlenswert in diesen turbulenten Zeiten ist das Buch »Homo Deus« von Yuval Noah Harari. Sein Werk konnte mich zumindest teilweise auf die bevorstehende gesellschaftliche Umstrukturierung vorbereiten. Zudem muss ich an dieser Stelle Prof. Dr. Mausfeld erwähnen. Sein Buch/Vortrag über »Das Schweigen der Lämmer« ist auch für Neulinge im Bereich Psychologie leicht verständlich und sollte meines Erachtens als eine Art Psychologie-Grundkurs jedem Heranwachsenden in der Schule zur Verfügung gestellt werden.

Er beschreibt, wie perfide die Massenmedien Angst schüren, vermeintliche Feindbilder schaffen, um den Zorn der Massen auf diese stigmatisierten Gruppen zu lenken, damit sich die Wut nicht auf die Politikdarsteller oder wirklich einflussreiche Menschen unserer Gesellschaft entlädt. Er erläutert die Systematik der Gehirnwäsche, die Wortspiele, das Spalten der Gesellschaft, das Aufblasen von Randthemen, die in der Regel nur der Ablenkung dienen, um die Interessen kleinerer einflussreicher Gruppen durchzusetzen.

Dann analysieren Sie doch bitte kurz die Propaganda zu dem Krieg in der Ukraine unter diesen Gesichtspunkten!
Dieser Konflikt kann als Paradebeispiel für einseitige Medienmanipulation herangezogen werden. Für einen Konflikt braucht es naturgemäß mindestens zwei Parteien. Es ist also völlig anmaßend zu behaupten, der Ukraine-Konflikt bilde davon eine Ausnahme. Und ich bin kein »Putinversteher«, nur weil ich versuche, beide Perspektiven des Konflikts wahrzunehmen, um mir ein eigenes Bild von der Situation zu verschaffen. In unseren Leitmedien wird der Präsident der Russische Föderation pausenlos als der alleinige Schuldige an diesem Krieg diffamiert und alles Russiche wird hierzulande mitverteufelt. Warum sollte ich nun meine russischen Mitmenschen anfeinden, sie haben mir nichts angetan. Die Mehrheit der Zivilisten will keinen Krieg, und die Konfliktprofiteure werden ihn dennoch von ihrer sicheren Festung aus heraus delegieren.

Also helfen Ihnen die Bücher von Prof. Dr. Mausfeld dabei, sich nicht manipulieren zu lassen?
Das kann ich eindeutig mit Ja beantworten. Immer, wenn die Nachrichten in Dauerschleife nur über ein Thema »berichten«, weiß ich, dass im Hintergrund wieder über relevante gesellschaftliche Themen debattiert und entschieden wird, während ich mich mit meinen Mitmenschen über Blödsinn streiten soll. Dann analysiere ich den Medienaufruhr und beobachte meine Gedanken und Gefühle genau. So verfalle ich nicht mehr in Angst oder Ohnmacht, sondern fühle mich mit genügend hilfreichem Wissen ausgestattet, um dieser medialen Hetze zu begegnen. Ich lasse mir von oben keine Feindbilder mehr diktieren, ich mache mir mein eigenes Bild. Und das tue ich, indem ich mit Betroffenen kommuniziere, mir Erfahrungsberichte anschaue und indem ich mit meinem Umfeld im Gespräch bleibe.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

JETZT ERST RECHT!

Deutsche Politiker drohen friedlichen Demonstranten mit blanker Gewalt, mit dem Tode. Also entweder du lässt dich zu Tode spritzen oder erschießen. Fazit: Geht massenhaft auf die Straße spazieren, mit dem Art. 20 GG unter dem Arm. Jetzt erst recht. Weg mit dieser Regierung, weg mit der feigen Berufspolitikerkaste. Diese Regierung ist diktatorisch. Wir sind die Demokraten. Jetzt erst recht. Bitte veröffentlichen, auch wenn's schon alle wissen.
– Ralf Sch.

RUSSISCH ROULETTE

Es gibt mindestens 3 gute und nebenwirkungsfreie Mittel für den unwahrscheinlichen Fall einer Covid-Erkrankung (HCQ, Ivermectin und CDL), die Gates & Co und die Pharmaindustrie verbieten. Aber diese verbrecherische Regierung will jeden Bürger unter Androhung von Bußgeld zur abgemilderten (?) Form des Russisch Roulettes mit der Todesspritze verpflichten. Wo bleibt das Verfassungsgericht? Wo die Revolution?!!
– W.Q. Becker

ZITAT AUF SEITE 16

Es ist mir jedes Wochenende ein Fest, den DW aus dem Briefkasten zu fischen und mich auf ein bewegendes Wochenende auf diversen Kundgebungen mental vorzubereiten. Perfekter Einstieg, vielen Dank dafür! Nur um Eines möchte ich Euch bitten: Auf der letzten Seite mit der Verschwörungstheorie (»Grundgesetz«, was soll das denn sein?) sind immer amerikanische Zitate. Es sind gute, wertvolle Zitate. Schafft Ihr es, auch aus dem Land der Dichter und Denker Bonmots zu entdecken? Ich danke Euch!
– Peter B.

ARTIKEL IN DW N° 81

Ich habe gerade den Artikel »Kommunisten vorwärts!« von I. Ryvkin gelesen. Was für ein Vergnügen! Und das, obwohl seither schon weitere Ausgaben erschienen sind. Ich hatte ihn übersehen. Ich lese jedes Wort von Euch. Immer wissenswert und erfüllend. Ewiger Dank für Eure wertvolle Arbeit!
– Emanja

GENDER-FRAGE IN DW N° 82

Anke Behrends »Der schwangere Mann« ist ein gut geschriebener und politisch sehr wichtiger Artikel. Ich stimme der Argumentation der Autorin zu. Eine kleine Anmerkung möchte ich noch machen. Frau Behrend meint, es gebe in der deutschen Sprache kein Wort für Gender. Das ist falsch. Das Wort heißt Genus. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Ivan Illich ein Buch mit diesem Titel verfasst. Mit sehr freundlichen Grüßen
– Dr. Hans-Jörg Z.

(Anm. d. Red: »Gender« bezeichnet das soziale Geschlecht, der sprachwissenschaftliche Begriff »Genus« hingegen das grammatische Geschlecht.)

GUTER JOURNALISMUS

Eure aktuellen Artikel zur Ukraine-Sache überzeugen mich sehr. Danke für diesen ehrlichen, bewegenden und klaren Journalismus.
– Matthias K.

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand



500.000 Menschen demonstrierten 2015 gegen TTIP. Nun soll das sogenannte Freihandelsabkommen im Taumel des Krieges eingeführt werden. *Foto: Hannes Henkelmann*

Diktatur der Globalkonzerne

Das konzernfreundliche transatlantische Freihandelsabkommen TTIP erlebt durch den Ukraine-Krieg möglicherweise eine Wiedergeburt. | Von Hermann Ploppa

Das Handelsblatt eröffnete seine Montagsausgabe mit einem dicken Knaller. Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP macht sich stark für eine Wiederbelebung der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): »Wir sollten die Verhandlungen zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen wieder aufnehmen. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich, wie wichtig der freie Handel mit Partnern in der Welt ist, die unsere Werte teilen.«

Die vier Buchstaben TTIP sind bei vielen Menschen äußerst negativ belegt. Im Jahre 2017 hatte der damalige US-Präsident Donald Trump TTIP eingefroren. In Europa scheiterte das Abkommen am massiven Widerstand der Bevölkerung im ersten Anlauf. Lindner rät also zur Vorsicht: »Aus den Erfahrungen mit den TTIP-Gesprächen sollten wir dabei lernen.« Was in Normalsprache übersetzt bedeutet: »Diesmal müssen wir das aber geschickter anstellen!«

In der Tat hatte TTIP die Gemüter erregt, nachdem Anti-Lobbyorganisationen wie Corporate Europe Observatory den Menschen draußen im Lande deutlich gemacht hatten, was sich hinter den vier Buchstaben verbirgt. So sollten die Zollschranken zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union in fast allen Bereichen entfallen. Die Areale der USA und der EU wären dann de facto ein einziger großer Binnenstaat. Schnell war zu erkennen, dass TTIP den Amerikanern erhebliche Vorteile verschafft. Europäische Umweltstandards würden ebenso geschreddert wie in Jahrzehnten erkämpfte Rechte von Arbeitern und Angestellten.

TTIP SCHEITERTE AM ÖFFENTLICHEN DRUCK

Es gelang den TTIP-Kritikern, der Öffentlichkeit die Einbußen durch das umstrittene Freihandelsabkommen anhand des Chlorhühnchens nahezubringen. In den USA dürfen frisch geschlachtete Hühner in ein Chlorbad gelegt werden, um sie schnell zu desinfizieren. Das ist wegen begründeter gesundheitlicher Bedenken in Europa verboten. Mit TTIP wären gechlorte Hühnerleichen auch in Europa legalisiert worden. So demonstrierten am 10. Oktober 2015 über 250.000 Teilnehmer in Berlin gegen TTIP. Am 17. September 2016 protestierten in sieben deutschen Städten bereits insgesamt über 320.000 Mitbürger gegen das Freihandelsabkommen.

Die Empörung kochte erst so richtig hoch, als Stück für Stück in die Öffentlichkeit sickerte, dass zusammen mit TTIP so genannte Investitionsschiedsgerichte außerhalb der demokratischen Gerichtsbarkeit von der Öffentlichkeit nicht kontrollierbar Nationalstaaten zu milliardenschweren Geldbußen verurteilen könnten. Sollte es einem Staat einfallen, Atomkraftwerke abzuschalten oder umweltfeindliche Großbauprojekte zu untersagen, würden Anwälte von betroffenen Globalkonzernen diesen Staat verklagen. Eine geheime Richterschaft, ausschließlich nominiert von den Konzernen, würde ihr »objektives« Urteil sprechen. Eine Verhöhnung jeder Rechtsstaatlichkeit. Leider ist diese Art von »Rechtsprechung« unabhängig von TTIP schon lange gängige Praxis.

De facto hätte das infame Freihandelsabkommen 400 Jahre Kampf für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit einem Federstrich zur Makulatur werden lassen. Staaten wären dann auch offiziell nur noch entkernte Organismen, nur noch zuständig für Aufrüstung sowie den Schutz von Verträgen und von privatem Eigentum. Wie sich so etwas konkret auswirkt, kann man an dem bereits wirksamen nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA studieren. Die Landwirtschaft Mexikos wird von der US-amerikanischen Agroindustrie niedergewalzt mit der Folge, dass die enteigneten mexikanischen Bauern jetzt in den US-Agroplantagen als rechtlose Schwarzarbeiter weit unter Tariflohn arbeiten müssen. Dass dieser Kelch im ersten Anlauf an uns vorüberging, verdanken wir zwei Akteuren: zum einen der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die hatte sich der Volksrepublik China zugewandt und war nicht abgeneigt, Deutschland in das Seidenstraßenprojekt einzubringen. Gegen den massiven Erpressungsdruck der Obama-Regierung zahlte Merkel 1,2 Milliarden Dollar aus deutschen Steuermitteln in die neue Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB) ein und öffnete für Deutschland den aufstrebenden eurasischen Wirtschaftsraum. Zum anderen wurde Donald Trump neuer Präsident der USA. Trump fror TTIP für die Dauer seiner Präsidentschaft ein.

TTIP EXISTIERT SCHON LANGE

Natürlich haben die Putschisten aus den Zentralen der Globalkonzerne den Kampf nicht aufgegeben. Auf der Ebene der Unternehmerverbände gibt es TTIP schon lange. Bereits seit dem Jahre 2013 sind die Unternehmerverbände der USA und der EU zum »Transatlantic Business Council« zusammengefasst, um alle Geschäftsleute zwischen Warschau und Los Angeles auf den ungehemmten Welthandel einzuschwören. Und so ist auch für das *Handelsblatt* klar: »Nur das Kürzel ›TTIP‹ darf niemand in den Mund nehmen. Das ist für alle Zeit verbrannt.«

Nun wissen wir ja alle, dass in den Zeiten der Oppositionsbänke niemand Geringeres als die Grünen sich wortgewaltig gegen die TTIP-Diktatur gestemmt haben. Nun sitzt aber Wirtschafts- und *Fracking*-Minister Robert Habeck mit dem eingangs erwähnten Christian Lindner von den Liberalen auf ein und derselben Regierungsbank. Um dem Habeck die nötige Glaubwürdigkeit zu bewahren, konstruiert die Mainstream-Presse einen »Streit« zwischen Lindner und dem grünlackierten Habeck. Doch das ist natürlich Unsinn. Auf Lindners TTIP-Wiederbelebung angesprochen, zeigt sich der Grüne gar nicht abgeneigt. Habeck verweist auf einen nun gerade wieder in aller Stille von EU-Kommission und US-Regierung eingerichteten Trade and Technology Council und sagt schlau: »Das sollten wir ausbauen, also ein Zusammenspiel beim Handeln und bei der technischen Regulierung.« Vermutlich handelt es sich beim Trade and Technology Council bereits um eine Art von »TTIP light«.

DER STAAT ALS KONZERNINSTRUMENT

Es hat sich nämlich seit der TTIP-Einschläferung im Jahre 2016 und heute verdammt viel ereignet. Die Staaten sind noch viel weiter in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten worden. Nach ihren drei mysteriösen Zitteranfällen verordnete Kanzlerin Merkel der deutschen Gesellschaft und besonders dem öffentlichen Sektor eine künstliche Zwangslähmung durch die Corona-Maßnahmen, was die Abwehrkräfte der Zivilgesellschaft nicht gerade gefördert hat. Die Staaten der westlichen Wertegemeinschaft wurden mit einer gigantischen Zwangsverschuldung handlungsunfähig gemacht. Und während dessen sind die realen und virtuellen Vermögenswerte des Westens unter die zentralistische Kontrolle eines Giganten namens Blackrock geraten.

Blackrock verwaltet ein Vermögen von zehn Billionen Dollar. Blackrock folgt in seinen Strategien ausschließlich der Logik der Geldvermehrung. Gemeinwohl und Frieden spielen in diesen Überlegungen keine Rolle. Wenn das so weiter geht, brauchen wir gar kein Freihandelsabkommen mehr. Eine solche Übermacht der globalen Finanzkonzerne führt zwangsläufig in unkontrollierte Kriege, wie Werner Rügemer in seinem Buch »Blackrock & Co enteignen!« schreibt: »Blackrock & Co sind die größten Eigentümer der westlichen Rüstungskonzerne, die jetzt mit Hassproduktion und Aufrüstung gegen China und Russland noch mehr Gewinne machen.«



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Warum die EZB Zinserhöhungen vermeidet

Bei einer Zinserhöhung könnten in Euro-Ländern soziale Unruhen und Zusammenbrüche die Folge sein. | Eine ANALYSE von Oliver Harms

Nachdem sich die Mitgliedsländer für die Euro-Einführung qualifiziert hatten, ließ der Konvergenzdruck mit der Mitgliedschaft in der Eurozone fast augenblicklich nach. Grund dafür waren schwache Sanktionsmechanismen. Auch Deutschland gehörte früh zu den Defizit-Sündern.

Vor Einführung des Euro wurden Konvergenzkriterien festgelegt: Haushaltsdefizit höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), Staatsverschuldung maximal 60 Prozent des BIP, die Inflationsrate darf höchstens 1,5 Prozent über jener der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten des Vorjahres liegen. An dieser Stelle wird einer der zentralen Konstruktionsfehler des Euro erkennbar.

EINE JACKE, DIE ALLEN KUNDEN PASST?

Die Geldpolitik einer Notenbank muss auf die Bedürfnisse eines Landes zugeschnitten sein. Hier bietet sich das Bild eines maßgeschneiderten Anzuges an: Dieser wird dem Kunden auf den Leib geschneidert. Er passt nicht einem größeren, kleineren, dickeren oder dünneren Menschen. Wenn die Europäische Zentralbank (EZB) der Schneider ist und der Kunde die 19 Mitgliedsstaaten der Eurozone, dann muss der Schneider eine Jacke anfertigen, die allen 19 Kunden passt, was unmöglich ist. Innerhalb des Währungsgebietes gibt es 19 Volkswirtschaften, die strukturelle Unterschiede aufweisen. Deutschland ist ein Land mit einer starken industriellen Basis. Frankreich ein Land mit einem industriellen und einem starken landwirtschaftlichen Sektor. Griechenland hat kaum Industrie. Spanien, Italien und Zypern haben viel Tourismus. Welche Geldpolitik sollte die EZB jetzt durchführen, wenn in einigen Teilen der Eurozone ein Boom mit Vollbeschäftigung stattfindet, während gleichzeitig in anderen Euro-Ländern eine Rezession vorliegt und eine hohe Arbeitslosigkeit? Die »geldpolitische Einheitsjacke«, die die EZB jetzt den Mitgliedsländern verpasst, ist einem Land viel zu klein, einem anderen viel zu groß.

GELDPOLITIK IN DER SACKGASSE

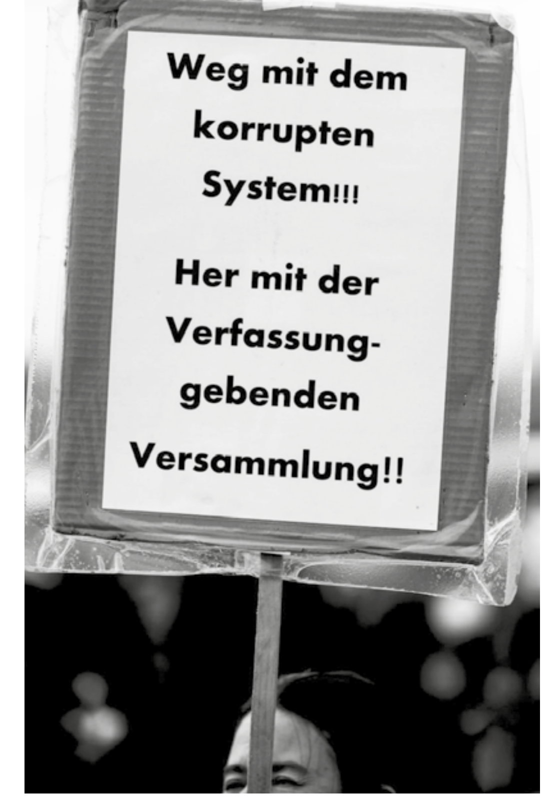
Aktuell leidet die Eurozone unter einer hohen Inflation, die eine Zinserhöhung erfordern würde. Aktuell hat Frankreich mit 4,2 Prozent die niedrigste Inflationsrate in der Eurozone und Litauen mit 14 Prozent die höchste. Deutschland hat 5,5 Prozent und Italien 6,2 Prozent. Der EZB-Leitzins liegt bei null Prozent. Um die Inflation einzudämmen, müsste der Leitzins jetzt erhöht werden. Aber auf welches Niveau?

Ende der 1970er Jahre kämpften die USA mit hohen Inflationsraten von bis zu 13 Prozent. Als Reaktion darauf erhöhte der damalige Notenbankchef Paul Volcker die Leitzinsen auf bis zu 20 Prozent. Daraufhin sank die Inflation. Der Zinsschock schädigte jedoch die US-Wirtschaft. Was würde passieren, wenn die EZB einen ähnlichen Schritt ginge? Blicken wir einmal auf die aktuellen Renditen verschiedener zehnjähriger Staatsanleihen: für Deutschland wären das 0,5 Prozent. Für Frankreich 0,957 Prozent. Griechenland 2,724 Prozent und Italien 2,03 Prozent.

Würden wir jetzt nach den bereits ausgeführten Kriterien die Maßstäbe anlegen, dann wären Zinsen im oberen einstelligen oder unteren zweistelligen Prozentbereich die Folge. Die Staatshaushalte würden mit einem enormen Zinsaufwand belastet werden. Schauen wir jetzt auf die Staatsverschuldung in Prozent des BIP: Deutschland hat einen Anteil von 69,4 Prozent am BIP, Frankreich entsprechend 116 Prozent. Griechenland sogar mit 200 Prozent. In Italien sind es 155 Prozent.

ZINSERHÖHUNGEN NICHT SINNVOLL

Wir erkennen, dass keines dieser Länder mehr die Maastricht-Kriterien einhält. Eine Zinserhöhung kann daher nicht im Interesse der Politik sein, denn Staaten sind regelmäßig die größten Schuldner. Geldentwertung bedeutet auch eine Entwertung der eigenen Schulden. Staaten könnten daran ein vitales Interesse haben. Vor allem, wenn als Sündenbock eine Pandemie und ein Krieg in der Ukraine herhalten müssen.



Viele Symptome, eine gemeinsame Ursache: die korrupte Fassadendemokratie der Globalkonzerne. Foto: Georgi Belickin

Das Risiko hoher Inflation könnten jedoch soziale Unruhen in Folge steigender Benzin und Lebensmittelpreise sein. Es sieht so aus, als würden die Regierungschefs der Eurozone augenblicklich auf Verschuldung setzen. Das ist der bequeme Weg. An dessen Ende könnte der Zusammenbruch des Euro stehen. Dann wäre aber nicht eine nationale Währung wie eine Lira, ein Franc, eine Drachme oder eine D-Mark durch die Inflation zerstört worden, sondern nur eine Gemeinschaftswährung, für die sich kein Staat einzeln verantwortlich fühlen müsste.


Oliver Harms war über 20 Jahre lang im internationalen Bankenwesen tätig und ist aktuell Unternehmensberater.

MELDUNG

RUSSLAND SETZT AUF RUBEL

Moskau/DW. Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin hat am 23. März 2022 bekanntgegeben, dass russische Erdgaslieferungen nach Europa künftig ausschließlich in der russischen Währung Rubel bezahlt werden können.

Das bedeutet, dass bei Aufrechterhaltung des Sanktionsregimes gegen Russland demnächst kein Gas mehr geliefert wird, weil der Rubel damit zur »Leitwährung« dieser Handelsströme wird. Waren können derzeit aber kaum aus Russland abgenommen werden, weil unter anderem der BRD-Staat dies verhindert.

Weiter erklärte Putin, dass »der Westen« mit dem »Einfrieren« russischer Reserven und Staatsguthaben in den Ländern einen »finalen Schlussstrich unter die Glaubwürdigkeit dieser Währungen gezogen« habe. (ale)

ROBERT IM GLÜCK

Der grüne Fracking-Minister Robert Habeck sucht weiter nach Erdgas für den nächsten Winter. | Von Hermann Ploppa

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat die Deutschen schon darauf eingeschworen, gegebenenfalls auch mal für einige Jahre zu frieren – im Namen der Freiheit vom bösen russischen Erdgas.

Da Deutschland tatsächlich über 55 Prozent seines eingeführten Erdgases aus Russland bezieht, könnte der Verzicht auf selbiges Gas so manche Zähne zum Klappern bringen. Und so hatte Robert Habeck zunächst geplant, dann eben *Fracking*-Gas aus Amerika einzuführen. Das scheitert aber daran, dass die erforderlichen LNG-Terminals frühestens im Jahre 2026 fertig sind. Aber auch schwimmende Terminals können die Lücke von 60 Milliarden Kubikmeter russischen Erdgases kurzfristig nicht stopfen.

Folglich antichambriert unser Robert Habeck beim Emir von Katar, seiner Hoheit Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani. Selbiger Scheich sitzt auf der größten Gasblase der Welt, dem North Gas Field mit sage und schreibe 25,5 Billionen Kubikmeter. Zudem verfügen die Katarer über eine hochmoderne LNG-Technologie: Sie können das geförderte Gas auf ein Sechshundertstel seines natürlichen Volumens herunterkühlen und auf die Reise mit dickbäuchigen Tankern unter anderem nach Deutschland schicken.

DIE GAS-ODYSSEE GEHT WEITER

Bei so viel Gas ist doch auch nebensächlich, dass Katar ein absolut demokratiefreies feudales Scheichtum ist. Ohne Parlamente, ohne Gewaltenteilung, ohne Grundrechte. Stattdessen Richten und Urteilen nach gesundem Scharia-Empfinden. Frauenrechte? Was ist das? Die Zustände in dem wahhabitischen Halbinselstaat am Persischen Golf waren selbst den Scheichtümern in der Nachbarschaft zu hemdsärmelig. Weshalb sie den katarischen Scheich längere Zeit geächtet haben. Das ist aber für den politisch hyperkorrekten Grünen Robert kein Hinderungsgrund, sich vor dem Scheich tief zu verneigen. Hat aber letztlich alles nichts gebracht. Natürlich können wir Gas liefern, so der Scheich. Und zwar schon ab 2027. Naja, es war gut darüber gesprochen zu haben. Und schließlich ist Habeck ja eigentlich in Katar, um über grünen Wasserstoff zu reden. Räusper. Aber vielleicht kann Deutschland ja jetzt algerisches Erdgas aus Spanien beziehen? Immerhin hat Spanien mehr LNG Terminals als es letztlich selber benötigt. Es müssen natürlich noch einige hundert Kilometer Pipelines gebaut werden.

Aber, dumm gelaufen: Jetzt hat nämlich der spanische Regierungschef Pedro Sánchez gerade den Marokkanern gesagt, dass sie den von ihnen annektierten Anteil des ehemals spanischen Protektorats Westsahara behalten dürfen. Die Algerier wütend, weil sie vielleicht auch ein Wörtchen mitreden wollten, was mit der geplagten Westsahara passieren soll. Nach Madrid braucht Robert wohl erstmal nicht mehr zu fliegen. Wir sind mal gespannt, wohin wir unseren *Fracking*-Minister demnächst noch begleiten dürfen.

Neues von der Ostfront

Eine Entspannung des Konflikts ist möglich, wenn die Ukraine deeskalierend auf Russland zugeht. | Von Felix Feistel

Während der ukrainische Präsident Wolodymir Selenskij eine digitale Tournee durch die westlichen Parlamente unternimmt, und diese noch einmal eindringlich beschwört, die Ukraine endlich in die Nato aufzunehmen, lässt er daheim oppositionelle Parteien verbieten und schaltet die Medien per Dekret gleich.

Insgesamt elf Parteien sind von dem Verbot betroffen, darunter die zweitstärkste im Kiewer Parlament. Die Fernsehprogramme des Landes sollen von nun an ein einheitliches Programm unter dem Titel »Ukraine-zusammen Marathon« ausstrahlen, das allein die staatliche Propaganda beinhaltet. Diese ist von stark übertriebenen Szenarien gekennzeichnet. So sprach Selenskij beispielsweise von »Leichenbergen russischer Soldaten«.

RUSSLAND WILL EINE NEUTRALE UKRAINE

Unterdessen gehen die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland weiter. Konkrete Vereinbarungen gibt es bislang jedoch noch nicht. Die russische Seite macht die Neutralität der Ukraine zu einer Hauptbedingung für ein Abkommen. Das Land soll dabei keinem der beiden Machtblöcke angehören und zu einem entmilitarisierten Staat nach dem Vorbild Schwedens oder Österreichs werden. Die ukrainische Delegation erklärte sich grundsätzlich dazu bereit, besteht nur auf einem »spezifisch ukrainischem Modell« in dem die Ukraine weiterhin über ein gewisses Militärkontingent und eine Marine verfügt. Der Umfang dessen ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen, wie der russische Chefunterhändler Wladimir Medinski erklärte.

Ein Treffen zwischen Putin und Selenskij sieht der Kreml noch nicht in Reichweite. Dazu müsste Kiew sich gesprächsbereiter zeigen und es müssten handfeste Vereinbarungen getroffen werden, was derzeit nicht der Fall sei. Immerhin gab es einen ersten Gefangenenaustausch zwischen den beiden Kontrahenten. Neun russische Soldaten sind gegen den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Melitopol Iwan Fjodorow ausgetauscht worden, wie die Ombudsfrau für Menschenrechte in Russland Tatjana Moskalkowa mitgeteilt hat. Russland war vorgeworfen worden, den Bürgermeister entführt zu haben. Wie seine Nachfolgerin berichtete, ist er jedoch ein Unterstützer des Rechten Sektors und war an der Finanzierung von Sabotageakten beteiligt gewesen, weswegen er auf Betreiben der Staatsanwaltschaft von Luhansk verhaftet worden ist.

NAZIS WÜTEN WEITER IM KRIEGSGEBIET

Neonazistische Organisationen wie der Rechte Sektor und das Asow-Bataillon spielen eine wichtige Rolle auf der Seite der Ukraine. Sie sind es, die für einen großen Teil der Gräueltaten in der Ukraine verantwortlich zu sein scheinen. So verursachten sie Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge, mutwillig eine chemische Katastrophe, indem sie in dem Chemiewerk Sumychimprom der Stadt Sumy einige Tanks mit Ammoniak beschädigten, sodass die hochgiftige Chemikalie austrat. Der ukrainische Zivilschutz hingegen meldete, die Tanks seien durch Beschuss beschädigt worden. Eine Gefahr für die Anwohner konnte verhindert und die Tanks abgedichtet werden.

Generalleutnant Igor Kirillow, Befehlshaber der russischen Nuklear-, Biologie- und Chemieschutztruppen, legte am Donnerstag den 17. März 2022 Bild- und Videomaterial vor, das beweisen solle, dass in den ukrainischen Biolaboren an biologischen Waffen geforscht worden sei. Dabei wies er darauf hin, dass die gezeigten Unterlagen mit den Unterschriften echter Beamter und amtlicher Siegel versehen seien. Ein auf den 6. März 2015 datiertes Dokument bestätige zudem die Beteiligung des Pentagons an der Finanzierung, so der General. Die USA finanzierten die Projekte offiziell über das Gesundheitsministerium. Dabei wurde vor allem an Krankheitserregern geforscht die, so der General, »sowohl in Russland als auch in der Ukraine ein natürliches Verbreitungsgebiet haben«, sodass »ihr Einsatz als natürlicher Ausbruch getarnt werden kann.« Demnach würden in den Labors drei bakterielle Krankheitserreger (Erreger von Pest, Brucellose und Leptospirose) und sechs Virusfamilien, darunter Corona-Viren, isoliert, die alle arzneimittelresistent seien und sich schnell von Tieren auf Menschen übertragen könnten.

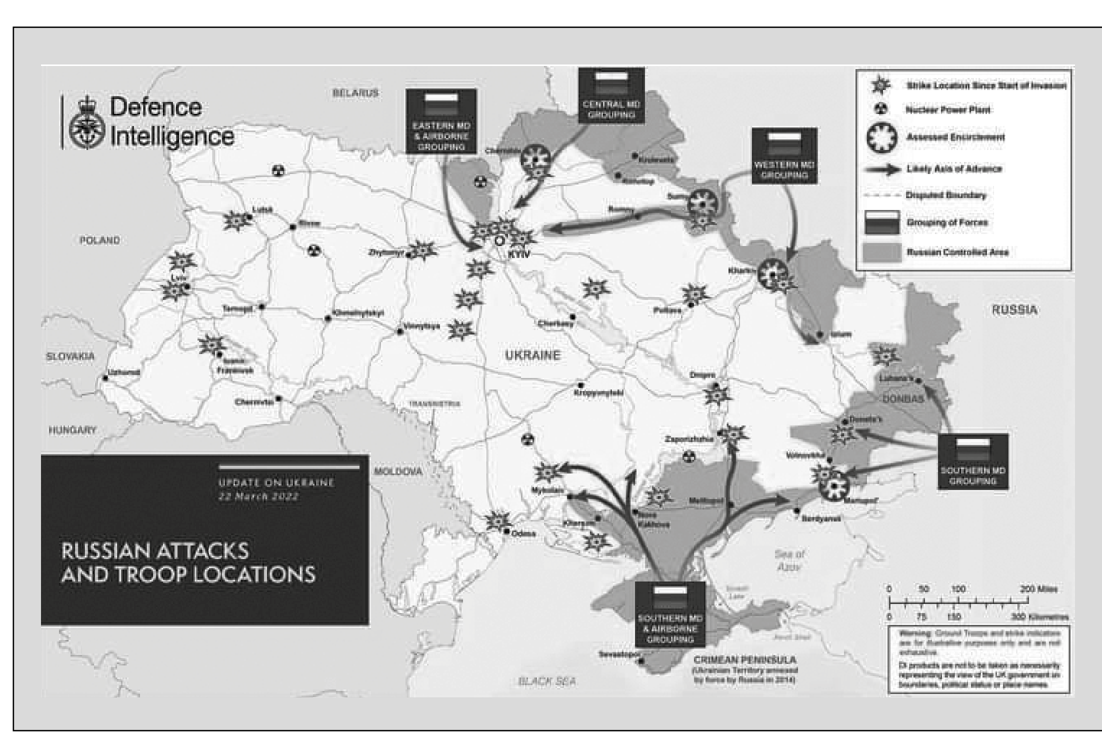
RUSSLANDS WARNUNG AN DEN WESTEN

Während die russische Militäroperation ihren Lauf nimmt, bereitet das Militär westlichen Beobachtern Kopfzerbrechen. Denn der Einsatz einer Kinschal-Hyperschallrakete, die nach westlichen Kommentatoren überhaupt nicht abzufangen sei, hat hierzulande für einige Aufregung gesorgt. Der Einsatz ist wohl als Warnung seitens Russland an den Westen zu verstehen, sich nicht militärisch in diesen Konflikt einzumischen. Der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow betonte wiederholt, dass die russischen Soldaten nur militärische Ziele angriffen. So sei auch das in Kiew beschossene Einkaufszentrum »Retroville« als Lager für Waffen, Munition und Fahrzeuge genutzt worden. Als Beweis wurden zwei Videos vorgelegt, die mittels Drohnen und Satelliten gemacht worden waren. Schon zuvor kursierten im Internet Videos von den Truppenbewegungen in und um das Einkaufszentrum.

Der ukrainische Präsident Selenskij rief unterdessen in einer Videobotschaft seine Bevölkerung zum Widerstand gegen die russischen Soldaten auf. Schon länger kursieren Berichte, dass in Kiew und anderen großen Städten der Ukraine wahllos Waffen an die Bevölkerung verteilt worden waren. Dies hat, so verschiedene Berichte, zu Chaos und Plünderungen auch in Kiew geführt, da die Menschen die Waffen nicht allein gegen die Russen einsetzten. Selenskij kündigte weiterhin an, jede Einigung mit Russland dem ukrainischen Volk in einem Referendum vorzulegen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.



Englische Kriegskarten verzeichnen im Vergleich weniger Geländegewinne der Roten Armee in der früheren Sowjetrepublik Ukraine. Am 22. März wurden erstmals Geländegewinne nördlich der Krim verzeichnet sowie die Angriffe auf die Hafenstadt Odessa. Luftschläge reichen bis zur polnischen Grenze. Die Hauptstadt Kiew ist demnach nun von vier Seiten unter Druck und droht, völlig eingeschlossen zu werden.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sprach sich zuletzt dafür aus, die bereits weit über zwei Millionen Geflüchteten aus dem Land »transatlantisch zu verteilen«, also Ukrainer auch ins Nato-Kernland USA auszufliegen. Die Initiative der BRD-Administration, ukrainische Geflüchtete in Deutschland mit Integrationskursen einzudecken, sollen aus Kiew zurückgewiesen worden sein. Der Unterricht für die Kinder solle möglichst auf Ukrainisch abgehalten werden. (ale)

UKRAINE-KRIEG

Von Felix Feistel

Flüchtlinge: Das UNO Flüchtlingshilfswerk meldet fast 3,53 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine Davon sind mehr als zwei Millionen in das benachbarte Polen geflohen. Daneben gibt es noch 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb des Landes. In Deutschland sind bis jetzt 232.462 Flüchtlinge erfasst worden, was allerdings nicht das ganze Fluchtgeschehen abbildet.

Truppenstärke: Russland hat 100.000 bis 200.000 Soldaten in die Ukraine entsandt. Davon seien nach Angaben der Ukraine bereits über 15.000 gefallen. Demnach wurden zudem über 300 Panzer, 48 Kampfflugzeuge, 80 Hubschrauber und über 1.000 gepanzerte Mannschaftstransporter zerstört. Die russische Seite spricht hingegen von etwas weniger als 10.000 gefallenen und über 16.000 verletzten Soldaten. Das ukrainische Militär zählt dagegen circa 500.000, davon 200.000 aktive Soldaten. Die Verluste sollen sich dabei auf etwa 22.000 Soldaten belaufen. Hinzu kommen beinahe 3.000 gefallene Angehörige der neonazistischen Bataillone.

Frontverlauf: Russichen Angaben zufolge ist die Stadt Mariupol nun zur Hälfte erobert. Kiew ist noch immer umkämpft. Nach Angaben der britischen Zeitung The Guardian haben die russischen Soldaten Donetsk, Kharkiv, Kherson und Sumy erobert und dringen von dort aus weiter in die Ukraine vor in Richtung der Städte Dnipro und Zaporizhzhia. Makariv soll Angaben der ukrainischen Armee zufolge von diesen zurückerobert worden sein.

DIE WELT IN ALLER KÜRZE

+++ Der ehemalige Präsident Boliviens Evo Morales startet eine globale Kampagne zur Beseitigung der Nato. Diese stellt für den weltweit anerkannten Politiker die größte Gefahr für die Menschheit dar. + + + Über 150.000 Landwirte und Landarbeiter demonstrieren am 20. März 2022 in der spanischen Hauptstadt Madrid gegen die Corona-Lüge und die inflationäre Teuerung von Mieten, Lebensmittel- und Energiepreisen. + + + Das oberste brasilianische Gericht sperrt für zwei Tage den Kurz- und Rundbriefanbieter Telegram im ganzen Land. Das Digitalunternehmen sei Lösch- und Zensuraufforderungen nicht nachgekommen. Nachdem Telegram die Löschungen vornahm, wurde das Programm wieder zugelassen + + + Im Europapokal-Achtelfinale gegen die Glasgow Rangers listen die Fans des serbischen Vereins Roter Stern Belgrad auf einem Transparent die Angriffskriege der US-UK-Nato in den zurückliegenden Jahrzehnten auf. + + + Der ukrainische Präsident Wolodymir Selenskij spricht vor dem israelischen Parlament, dem Knesset, und vergleicht den Krieg in der Ukraine mit dem Holocaust und stellt das Verhalten der Ukrainer gegenüber den Juden im Zweiten Weltkrieg positiv dar. Der religiöse Zionist, Knesset-Mitglied von der Partei »Zionit Datit« Simchi Rothman sagte daraufhin: »Ich verstehe zwar kein Ukrainisch, aber wenn die Übersetzung exakt war, bat Selenskij uns, dass wir die Ukrainer so behandeln, wie sie uns vor 80 Jahren behandelt haben. Tut mir leid, aber ich denke, wir müssen diesen Antrag ablehnen. Wir sind schließlich eine gesittete Nation.«

Die Überwindung des

Metaphysik, Transhumanismus und Corona-Pandemie: Die neue Unübe Bestimmung des nackten Affen. | Ein Essay von Werner Köhne

Das widerlichste *Framing* (Rahmungseffekt), das heute im Umlauf ist, zielt direkt auf den Menschen. Der Mensch wird dabei als Instrument einer perfiden Strategie benutzt, die gegen ihn selbst gerichtet ist. So absurd es auch anmutet: Mittels der Beschwörung des Menschen wird gegenwärtig dessen Manipulation und Unterwerfung betrieben.

Erfolgreich, wie man angesichts der letzten zwei Jahre sehen kann, belegt durch die Marktfigur des so genannten *Stakeholders* (Teilhaber), der sein Profitinteresse neuerdings mit moralischen Avancen und Anrufungen an das Gemeinwohl schmückt; ausweisbar auch an der pharmakologisch politischen Elite, die den durchaus verständlichen Wunsch der Erdenbewohner nach Gesundheit totalitär wendet und in ihr neues Menschenbild einspeist. Wir sind ja alle Menschen, das vereint uns, tönt es von allen Seiten. So punktet man heute ideologisch und nicht mit jenem Citoyen, den Karl Marx als aufgeklärten Bürger im Auge hatte.

Auch als »Weltbürger« gilt dieser klassische Typ heute nicht mehr als satisfaktionsfähig, denn nichts garantiert den Erfolg des Framing »Mensch« gegenwärtig so sehr wie seine gehypte Integration in eine weltweite Community. Mit dem buntschekigen Zusatz »Social Network«. In so eine Geschichte der bewussten Täuschungen und Totalisierungen passt ein Bill Gates natürlich glänzend hinein – und auch die Willigen, die ihm abnehmen, dass er mit seiner Impfkampagne das Gute durchsetzen will.

DER MENSCH ALS BEFEHLSEMPFÄNGER

Der geframte Mensch wird indes sichtbar als Subjekt in einem evolutionären Prozess, an dessen Ende dieses schillernde Wesen zwischen Kant und Hölderlin, Einstein und Kafka, überwunden werden soll. Das verbindet die traditionelle Lehre des Transhumanismus, die sich noch irgendwie im Schlepptau der Aufklärung sah, mit den Bemühungen der Corona-Beschwörer: Der neue und zugleich auf Reset zurückgestutzte Mensch soll mit den Mitteln einer technologisch verengten Wissenschaft in seine eigene Überflüssigkeit überführt werden. Das könnte man auch so formulieren: Die Menschheit hat gesiegt, wenn der Mensch überwunden ist – wenn er im devoten Status des Befehlsempfängers endet oder als Gleitmittel hin zur künstlichen Intelligenz.

Wie geht all das zusammen? An das konkrete, leidende aber auch zum Glück fähige Individuum denken die medial gedungenen Herrscher über die Begriffe dabei kaum noch, eher an ein Systemgeschehen, wie es vor einigen Jahrzehnten in seiner unvergleichlichen Art der Soziologe und Philosoph Niklas Luhmann schon beschrieben hatte: »Die Umsetzung der gesellschaftlichen Systemdifferenzierung in ein sachlich und zeitlich je einmaliges Rollenmanagement – das ist der Mechanismus der Individualisierung.« Hupps: Was für eine zwiespältige Ehrung des Individuellen versteckt sich in diesem Verwaltungs- und Bretterdeutsch?

Das Corona-Geschehen hat indes noch ein anderes Patent für den neuen und zugleich auf Null zurückgestuften Menschen auf den Markt gebracht. Dessen vorrangige Bestimmung ist nicht das vielfältig gestaltete individuelle Leben, das irgendwann auch mal zu Ende geht, sondern ausschließlich die bedingungslose Selbsterhaltung des Lebens. Auf Teufel komm raus. Es hat den Anschein, dass dieses Prinzip der abstrakten Selbsterhaltung im Corona-Narrativ eine entscheidende Rolle spielt, inzwischen gar den Marktplatz der Bedürfnisse reguliert und den Kosmos des Menschen auffüllt, wobei jede menschliche Sinnsuche gnadenlos abgewürgt wird. Grenzüberschreitend final soll der Mensch sich nicht bewegen – auf keinen Fall; sein »Move« ist das »Auf der Stelle treten«, das ihm allein die unbedingte Selbsterhaltung garantiert. Ein Wesen in Sesselhaft – rasender Stillstand (Paul Virilio).

DIE METAPHYSIK DER »ELITEN«

Derlei Vorgaben an die »korrekte« Positionierung des Menschen knüpfen erstaunlicherweise an die traditionelle Vorstellung vom Homo sapiens als einem metaphysischen Wesen an, das sinnfällig wird in der Ähnlichkeit zwischen dem »Meta« des Physischen und dem »Trans« des Humanen, hier also gewissermaßen die alte Metaphysik und Religion eine Renaissance erfährt; man könnte deshalb glauben: Die gierigsten Faktenchekker und Davoser Logenbesitzer erweisen sich in der »Pan-Demie« (!!) auf ihre Art als Metaphysiker allererster Sahne. Allerdings mit diesem Unterschied: Wo einst das Metaphysische, vielfach auch die Religion, regierten, da hat nun das Transhumane Platz genommen am Schaltpult der Geschichte. Die Frage ist: Wie kriegt man das hin, das möglichst viele bei dieser Auslagerung, Überwindung und zombiehaften Ruhigstellung des Menschen mitmachen? Es müsste dies eine Strategie leisten, die auf Ganzheit zielt: psychologisch, mental, auf die körperlich äußere und innere Substanz des Menschen – bis in seine DNS.

ERSCHLIESSUNG EINES NEUEN SEMANTISCHEN RAUMS

Schon bemerkt: Von genbasierten Impfstoffen, Pandemie und Panik reden wir hier noch gar nicht – vielleicht auch später nicht. Es geht einfach darum, ein Phänomen wie das Corona-Szenario an den Wurzeln zu fassen – dort, wo nicht nur Cliquen an der Wallstreet und Dystopisten im Krisenmodus agieren, sondern der Ausdruck »Moderne Subjektivität« als schwüler Dunst durch uns alle – durch unser Bewusstes und Unbewusstes – hindurchgreift, und so seine Radikalität und hohe Effektivität beweist.

Wobei sich die daraus erwachsene ideologische Verblendung nicht nur in Überzeugungen einschleichen kann, sondern in unsere Handlungen; im, wie Husserl es ausdrückte, »Geradehin« des Alltags, im Konflikt zwischen unserer Phantasie, der normbildenden Sozialität und der Fakten-Wirklichkeit. Wir müssen wohl dorthin zurück, um das Corona-Geschehen wirklich zu verstehen.

Was passiert da gerade mit uns und was passierte vorher, dass eine so prekär aufgeladene Corona-Wirklichkeit entstehen konnte? Was ist der Mensch?, könnte man hinzufügen – Die Wahrheit einer Sache ist ihr Werden, gibt uns der Philosoph Hegel als Zielrichtung vor. Frage: Was wurde, was vorher noch nicht war?

DER MENSCH WOYZECK: EIN FRÜHES OBJEKT DER WISSENSCHAFTEN

Erstmals komme ich der Bestimmung des Menschen auf die Spur, wenn ich an das Drama »Woyzeck« von Georg Büchner denke. Woyzeck ist im Stück Büchners eine tragische Figur, in der Meinung der einen ein Verlierer, in der Perspektive des Arztes eine Kreatur, ein »er«, kein »ich«, letztlich ein Objekt und Untersuchungsgegenstand der medizinischen Forschung. Auf eine so einfache wie abgründige Weise liebt er Marie, die es aber lieber mit einem blitzblanke Stiefel tragenden Soldaten hält. Woyzeck indes kann anderes, er kann im nächtlichen Mond ein Abbild seines Schicksals erblicken, ja vermag es, die Nacht so intensiv wahrzunehmen wie der Shakespearsche McBeth den entscheidenden Tag in seinem Leben: »So foul and fair a day I have not seen« (So



Exzessive Genmanipulation bis zur Erschaffung des perfekten Untertans? Gates, Schwab, Drosten und Co. testen die mRNA-Technologie hemmungslos am Menschen aus.
Collage: Jill Sandjaja

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND | N° 84
Samstag, 26. März 2022

s Menschen

rsichtlichkeit bei der

schön und hässlich sah ich nie einen Tag). Er scheint als leidende Kreatur, damit ein Gegenentwurf zu jenem Wesen zu sein, dem man heute Wert, ja Aura zuspricht.

DIE MAGIE IST WEG

Aber wie falsch das ist, gibt uns Walther Benjamin zu verstehen, der am modernen planfest gemachten Systemmenschen, dem Phänotyp der Stunde also, gerade das vermisst: Aura. Denn die wäre das Gegenteil jenes Wesenszuges, das die Moderne wie kein Zweites generiert hat: die Reproduzierbarkeit allen Seins. Die Wiederholung des Immergleichen im Zeichen des kapitalistischen Mehrwerts: Sie macht den Gegenstand zur Ware und den Menschen zum modernen Massenmenschen oder zum Zombie – zum Objekt seiner selbst. Sie raubt dem Menschen jeden Anflug von individueller Leuchtkraft. So verliert er seine Widerstandsfähigkeit, die heute so unendlich wichtig wäre; so büßt er auch die Komplexität seiner naturhaften und sozialen Bezüge ein, die ihn vor Unterwürfigkeit und Panik schützen.

Sind wir damit ein bisschen näher ans Thema gerückt? Es war einmal ein Schaf. Das hieß Dolly. Es verschied mit sechs Jahren und steht heute ausgestopft in einem schottischen Museum. Damals beherrschte es für kurze Zeit die Schlagzeilen. Damals ging auch ein Rauschen durch die Wissenschaften vom Menschen und eine hellhörige Schar von Konstrukteuren der Zukunft; schön aufgeteilt zwischen Befürwortern und Gegnern dieses Eingriffs in die Erbsubstanz. Scheinbar zu Ende gedachte Frankenstein-Illusionen wurden in wissenschaftlichen Zirkeln und Ethikkommissionen erneut diskutiert. Vor allem da, wo das Stichwort Eugenik die Runde machte. Zu nah schien da vielen die Nähe zu Praktiken in Auschwitz, zu verlockend für die anderen die Aussicht auf ein Designerbaby. Insgesamt wurde das Thema auf die lange Bank geschoben.

Man merkt erst heute, wie sehr die damalige Aufbruchsstimmung getragen natürlich auch von Bedenkenträgern, einen Unterschied aufweist zu der heutigen Praxis der genbasierten Impfung. Damals wurde recht locker diskutiert und Perspektiven wurden aufgewiesen – die heutigen Impfungen jedoch sind zutiefst politisch und ideologisch unverblümt in ein Katastrophenszenario eingebunden; es geht auch nicht um medizinischen Fortschritt oder Verirrung – es geht um eine Strategie der Neuausrichtung der Welt, die nicht nur in Davos vorgenommen wird, sondern auf Vorgaben, Konditionen und unbegriffenen Maximen beruht, die in den letzten Dekaden dazu beitrugen, dass wir andere wurden als wir waren.

Nur als Stichworte seien hier erwähnt: die bisher eher salopp diskutierte Gleichzeitigkeit von analoger und digitaler Konstruktion von Wirklichkeit; die oftmals in Gewalt ausartende Beschleunigung der Zeit; die sich verschärfende Kluft zwischen der Antiquiertheit unserer Gefühle und den rasanten technologischen Entwicklungen; dazu die dramatische Abnahme von Naturbeziehungen und – vielleicht am meisten zu beklagen: die Entfremdung von unserem Körper.

DER KÖRPER UND DIE IMPFUNG

Der Schriftsteller Bodo Kirchhoff machte in einem Gespräch mit mir anlässlich seines zuletzt erschienen Romans »Dämmer und Aufruhr« darauf aufmerksam, dass Literatur und auch Philosophie eines in all den Jahrhunderten grob vernachlässigt hätten: den Körper und dessen Geschichte. Wir hätten dafür bisher keine Sprache gefunden. Gemeinhin wird da ein bisschen von Leib und Seele geredet, von Geist und Körper – aber all dies bleibt oft stecken im Belanglosen eines gediegenen Spruchs: *Mens sana in corpore sano* (Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper).



Vielleicht liegt diese Belanglosigkeit daran, dass wir heute eingeschworen werden auf Dispositive wie System. Funktion und Information, in denen sich die Verwissenschaftlichung des Menschenkörpers anzeigt. Dabei aber untergeht, was an finaler Orientierung den Menschen prägt. Weil diese Finalität verloren gegangen ist – so hat es der Philosoph Robert Spaemann gesehen – wird der Mensch als metaphysisches Wesen entleert. Die Folge davon: Es geht heute direkt auf die Knochen jenes Körpers, von dem wir uns entfremdet haben. Oder in die Blutbahnen. Oder die Gene, die sprachlich ideologisch eingedampft werden auf Information.

Kann das gut gehen? Das entscheidende Framing dazu liefert im Umkreis des Corona-Geschehens eine Kriegsmetaphorik, die an Gewalt und Zynismus kaum zu überbieten ist. Es geht beim Virus um die Bestimmung eines Feindes, der dann dazu beitragen soll, dass alle Aktivitäten und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung gerechtfertigt sind. Diese Fixierung auf den Feind und den nackten Selbsterhalt wird medizinokratisch umgesetzt und durch eine ohnehin schon prekäre Körperkultur unterfüttert: Der Körper wird ja heute als gestählter zum Ideal gewählt, aber er kann sich nicht in die Seele des Individuums eingrooven, bleibt ein Objekt – und zuletzt ein schwer abzuschätzender Faktor permanenter Verunsicherung.

Er ist schließlich in der Corona-Erzählung der Wirt, der den Feind, den Virus anlockt – kaum jedoch als ein Freund verstanden, der eine Gegenwehr organisiert. Insofern bleibt es den Laboren überlassen, das Virus auszumerzen, nicht dem an Erfahrung so reichen Immunsystem des Menschen. In dieser Absonderung geht alles verloren, was dieses Virus-Geschehen in unsere Geschichte, unser gelebtes Leben, integrieren könnte. So viel Misstrauen war nie! Gefährlich wird es, wenn diese Entwicklung in das Zukunftsprojekt Transhumanismus hineinragt.

KURZER EINBLICK IN DIE BERLINER CHARITÉ

Die Charité – die Heimstatt von Herrn Christian Drostens Eingriff in die Welt. Aber neben diesem Labor gibt es ein Museum, worin in Vitrinen aufbewahrte menschliche Organe den Besucher in einen Dialog ziehen – ja mehr noch zu einer Andacht und Besinnung anregen. Der Lyriker Durs Grünbein hat dafür eine Sprache gefunden – eine poetische, die uns vermuten lässt, dass es »zwischen Himmel und Erde« mehr gibt, als das Corona-Narrativ uns dazu sagt.

Denk von den Wundrändern her,
vom Veto der Eingeweide,
vom Schweigen der Schädelnähte.

Das Aufgehen der Monde
über den Nagelbetten führt
andere Himmel herauf,
strenger gestirnt.



Der Philosoph Werner Köhne ist Dokufilmer und Radiomacher (*arte, WDR*) sowie Autor der »Minima Mortalia«.

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | »Eine Strategie des Widerstands gegen den Totalitarismus« | Von Willem Christiaan Engel

Auf den ersten Blick bedeutet Widerstand, sich einer bestimmten Richtung zu widersetzen, so dass der Weg unseres Gegenübers von A nach B beschwerlicher wird. Durch unseren Widerstand sorgen wir dafür, dass das Erreichen des Ziels, das unser Gegenüber ansteuert, verzögert wird und mehr Mühe kostet.

Die erste Frage lautet: Worin besteht dieses Ziel? Was wird der Bevölkerung angeboten? Was hinter dieser »neuen Normalität« steckt, erfährt man in Schriften wie »The Great Reset«, in der es um die Transformation geht, »Agenda 2030«, bei der es darum geht, die »Ziele für nachhaltige Entwicklung« zu beschleunigen, und »Die Vierte Industrielle Revolution«, in der eine Zukunftswelt entworfen wird, in der Mensch und Maschine gleich sind. Eine Welt, in der die Technik all unsere biologischen, soziologischen und psychologischen Probleme löst. Fabelhaft! Wer hätte schon etwas einzuwenden gegen ewiges Leben, wahre Gleichberechtigung und eine nachhaltigere Umwelt im Einklang mit den Menschen, Tieren und Ökosystemen?

WER SIND DIE HINTERMÄNNER?

Das führt uns zur zweiten Frage: Wer steuert das alles? Gibt es da eine kleine Gruppe boshafter Männer und Frauen, die danach streben, die Welt oder zumindest die Menschheit, wie wir sie kennen, zu vernichten? An dieser eindimensionalen Erklärung habe ich große Zweifel. Wir haben es mit einer ganzen Reihe von Akteuren zu tun, die mitunter sehr einflussreich und in die Organisationsstrukturen eingebunden sind. Hinter der Philanthropie und dem Idealismus tritt ein realistischeres Motiv zutage: Geld. Wer das Spiel beherrscht, profitiert. Da die Welt nahezu vollkommen miteinander verbunden ist, ziehen die Gewinner auch direkt Verlierer nach sich, die den Kürzeren ziehen.

Wenn man die geplante Utopie und deren Umsetzungsmethoden genauer betrachtet, entdeckt man viele Diskrepanzen und Widersprüche, durch die sich das verschwommene Endziel einer utopischen Gesellschaft abzeichnet, die von einer Elite aus selbstsüchtigen, traumatisierten Soziopathen regiert wird. Der Ausspruch »Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut« ist treffender denn je. Die Möglichkeit, den Fluss des Geldes, der Menschen, der Ressourcen und vor allem der Informationen zu kontrollieren, führt zu einer Gruppe von äußerst reichen und mächtigen Menschen, die weder an physische noch soziale Grenzen gebunden sind.

HOCHMUT KOMMT VOR DEM FALL

Wie schon bei so vielen Fantasten, Despoten und Kaisern geschehen, bringt Hybris jede Herrschaft zu Fall, möge sie auch noch so mächtig sein. Diesmal besteht keine Ausnahme von der Regel. Wir befinden uns in einer Wiederholungsschleife, die zwar andere Formen annimmt, aber einen ähnlichen Kern hat, so wie es in der biblischen Erzählung vom Turmbau zu Babel beschrieben wird. Wonach streben die einflussreichen Menschen wirklich? Nach Macht? Ewigem Leben? Danach, ein Vermächtnis zu hinterlassen? Die Menschheit zum Besseren zu verändern? In Wahrheit wurzeln all diese Ziele in Kindheitstraumata: in der Angst vor Schmerz oder Strafe, der Angst, verlassen zu werden, der Angst, nicht zu genügen, der Angst vor Nichtbeachtung – um nur einige zu nennen. Die Schleife endet nicht in einer Utopie, sondern durch Selbstliebe und bedingungslose Selbstannahme. Wer dazu nicht fähig ist, bringt dies auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck. Einige dieser Ausdrucksformen sind destruktiver als andere, wobei die Bekundung der Weltverbesserung womöglich die gefährlichste von allen ist.

PANTA RHEI ALLES FLIESST

Wir als Widerstandsbewegung sind der Unterstrom. Wir schaffen Flüsse unterhalb des Wassers. Wir schaffen eine Strömung. Sich dem, was man ablehnt, nur zu widersetzen, ist ein sinnloses Unterfangen, da es unvermeidlich genau dorthin führt. Der Wind dreht das Menschheitsschiff in eine bestimmte Richtung und sich ihm entgegenzustellen, bedeutet nur, das Unvermeidliche hinauszuzögern. Wichtiger ist, dass wir uns auf das konzentrieren, was wir wollen. Oberhalb des Wassers leisten wir Widerstand, damit wir unter der Oberfläche Flüsse bilden können. Diese Flüsse bestehen aus unseren gemeinsamen Werten, den Dingen, die uns wichtig sind, den Konzepten, die unserem Leben einen Sinn und eine Bedeutung geben. Je mehr wir miteinander im Fluss sind, desto größer die Schwungkraft, die sich dabei bildet und sich durch keinen Wind mehr aufhalten lässt. Wir werden von unseren Emotionen getrieben. Erkunden wir sie, lassen wir sie fließen, bis sie uns die Richtung



Nur gemeinsam können wir fließen und Veränderungen bewirken. Foto: Sandra Doornbos

weisen. Machen wir uns bewusst, dass wir eine Bewegung sind und dass sich das, was gemeinsam fließt, miteinander verbindet. Auf diese Weise finden wir unsere Gruppe, unsere Sippe, unsere Strömung.

Unser Kampf ist vor allem das Ringen mit uns selbst. Erst wenn wir unsere Kindheitstraumata akzeptieren und die Bewältigungsmechanismen erkennen und loslassen, derer wir uns oftmals rühmen, sind wir bereit, wirklich empathisch zu werden und die Bedürfnisse der anderen mit unserer eigenen Existenz in Einklang zu bringen. Der letzte entscheidende Kampf besteht darin, auf und mit jeder dieser Ebenen ins Gleichgewicht zu kommen. Ein Kampf, dessen sich die Menschheit gerade erst gewahr wird.«

Willem Christiaan Engel ist Menschenrechtsaktivist, Journalist und Tänzer. Der Text ist ein Originalbeitrag des zweiten DW-Jahresrückblicks (siehe Seite 15).



GÖTZEN- ODER GOTTESDIENST

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND
von Dr. Günther Riedl

»Groß ist die Diana der Epheser!«, erschallte es im antiken Orient. Das Lächeln über solch kindischen Götzendienst gefriert uns im Gesicht, wenn wir an heute denken: »Groß und sehr zu fürchten ist die Göttin Corona! Sie sei die Prämisse eures Handelns. Opfert ihr alle Freiheiten. Welches ›G‹ sie auch erlässt, werft euch davor nieder.«

Erinnern wir uns noch an das frühere G? »Hauptsache GESUND!« Die Vergötzung der Gesundheit und die Angst vor ihrem Verlust bereiteten dem Virusgötzenkult den Weg. Sagt aber jemand: »Ich diene dem Virusgötzen nicht, denn ich bin gesund«, so ist er jetzt ein Frevler. Denn er missachtet den Götzen, der an der Reihe ist, verehrt zu werden. Man muss immer um das angesagte goldene Kalb tanzen!

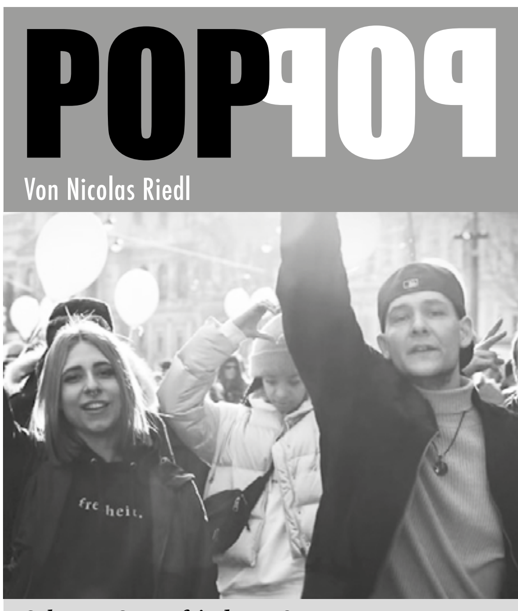
Der Virusgötze kalbte seinerseits und gebar unter dem Decknamen »Impfstoff« Biowaffen, die das Blut in den Adern gerinnen lassen. Damit die Ärmel hochgekrempelt werden, unterhält der Götzendienst zwei Lieblingstiere: das goldene Kalb und den Sündenbock – das sind immer noch die Ungeimpften. Aber die Regierenden wechseln schon immer die Kälber und Böcke, wie es ihnen passt.

Sind Virus- und Impfgötze irgendwann außer Betrieb, geht der Klimagötzendienst weiter – da besteht Nachholbedarf. Jeder Götze fordert: »Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.«

Es gibt kein Vakuum. Wen oder was du über alles stellst, das ist dein Gott. Vom Götzendienst ist nur erlöst, wer dem wahren Gott dient. Weil ihm alles Geschaffene gehört, auch wir, kann bloß die Hingabe an ihn Leben geben statt nehmen. Er bietet es allen an, die nur ihn fürchten, ihn lieben und ihm vertrauen. Warum nicht beständig dem wahren Gott die Ehre geben – und leben? So lautet das erste Gebot: »Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.« Gebt Gott, was Gottes ist! Dr. Günther Riedl, 30 Jahre (bis 2020) als Kinderarzt in Uelzen tätig, jetzt als Christ im Widerstand.

POP POP

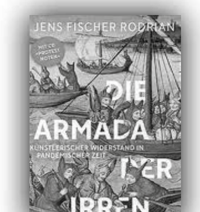
Von Nicolas Riedl


Sehen so Staatsfeinde aus?
Foto: Screenshot von »Staatsfeind« Äon

FRIEDLICHE STAATSFEINDE

Der neue *Track* von Rapper Äon mit dem Titel »Staatsfeind« ist eine Ode an die Friedens- und Demokratiebewegung. Eine tragende Rolle spielt hierbei das Musikvideo, welches aus verschiedenartigsten Aufnahmen der vergangenen Demonstrationen und Spaziergänge geschickt zusammengeschnitten wurde. Es unterstreicht visuell die im Song verarbeitete Abstrusität, wonach friedliche, nach »Frieden, Freiheit, Demokratie« strebende Bürgerinnen und Bürger allesamt Nazis, ergo Staatsfeinde seien. Die Bilder sprudeln über vor fröhlich strahlenden, herzlichen Menschen, die alles andere als das sind, was ihnen leitmedial angedichtet wird. Das Video hat somit auch eine emanzipatorische Komponente, als dass die »Protagonisten« die Menschen selbst sind und Interpret Äon samt szenebekannter Entourage mit der Menschenmasse ebenbürtig in Erscheinung tritt.

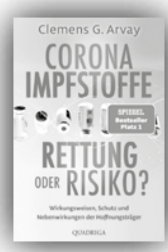
DW-BESTSELLERLISTE
Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin

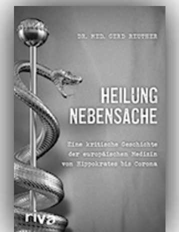

Die Armada der Irren.
Künstlerischer Widerstand in pandemischer Zeit
Jens Fischer Rodrian
Rubikon
978-3-96789-031-0


Enteignet Blackrock & Co.
Auf den Spuren einer unbekannten Weltmacht
Werner Rügemer
Nomen Verlag
978-3-939816-82-9

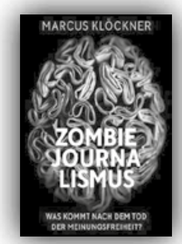

Das Impfbuch.
Über Risiken und Nebenwirkung einer COVID-19-Impfung
Raymond Unger
Scorpio Verlag
978-3-95803-461-7


Das Gender-Virus.
Wie man uns mithilfe der Sprache manipulieren will
Árpád Baron von Nahodyl Neményi,
Books on Demand
978-3-7534-9577-4


Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko?
Wirkungsweisen, Schutz und Nebenwirkungen der Hoffnungsträger
Clemes G. Arvay, Lübbe
978-3-404-07499-0


Heilung Nebensache.
Eine kritische Geschichte der europäischen Medizin von Hippokrates bis Corona.
Gerd Reuther
Riva
978-3-7423-1776-6


Wer schweigt, stimmt zu.
Über den Zustand unserer Zeit.
Und darüber, wie wir leben wollen.
Ulrike Guérot
Westend
978-3-86489-359-9


Zombie-Journalismus.
Was kommt nach dem Tod der Meinungsfreiheit
Marcus Klöckner
Rubikon
978-3-96789-022-8


Das gespaltene Land.
Ein Psychogramm

Hans-Joachim Maaz
C.H Beck
978-3-406-75087-8


Der Krieg vor dem Krieg.
Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet

Ulrich Teusch
Westend
978-3-864-89243-1

GeeinteFront!

Studenten greifen europaweit an. | Von Anselm Lenz

Seit zwei Jahren überzieht eine Oligarchenriege mitsamt eingeschworener Regierungsmitglieder die Jugend mit einem perversen Lügenregime. Jetzt stehen die Studierenden endlich geeint auf!

Ich traf Luca am Brandenburger Tor bei der Demowoche gegen Impfzwang und für zwei Jahre Demokratiebewegung. Er ist mein erster Kontakt seit Längerem mit »Studenten stehen auf«, kurz »Stauf«. Jener wichtigen Organisation, die endlich an Akademien, Schulen und Berufsausbildungsstätten dafür sorgt, dass das Höllenfeuer aus den Tempeln des Geistes vertrieben wird. Weihevolle Worte sind durchaus angebracht, wenn man bedenkt, was jungen Menschen angetan wird – und das von vermeintlichen Autoritäten wie studentisch-nekkischen Hofschranzen-Millionarios wie etwa Jan Böhmermann.

Zuvor hatte ich bereits Gregor von »Stauf« interviewt (DW61), in Dresden und Kopenhagen Vertreterinnen der Organisation getroffen. Luca informiert mich. Endlich werden »Stauf« in die Offensive gehen. »Wir, Studenten, junge Menschen, die sich wünschen, in Freiheit zu leben, erklären hiermit als geeinte Front, dass wir nicht mehr schweigend zusehen, wie unsere Menschenrechte fortwährend verletzt werden!« So heißt es im vielsprachigen Entwurf des kommenden Manifestes. Luca ist völlig klar im Kopf, spricht gut, sieht klar – und das gibt Hoffnung! Die Organisation arbeitet europaweit und darüber hinaus.


Luca von »Studenten stehen auf« (l.) und Anselm Lenz bei der Demowoche der Demokratiebewegung in Berlin Foto: Louise Lenz

Im Laufe der Woche dieser Ausgabe werden die Studenten und Schüler (m/w/d) in die Öffentlichkeit gehen. Ich kann nur sagen, meine Unterstützung haben sie, voll und ganz! Und ich darf verweisen auf die Seite studentenstehenauf.eu sowie den Telegrammkanal t.me/Studenten_Stehen_Auf. Und: Den Blick auf das Schwarze Brett!

SPORT MIT BERTHOLD

EIN ANFANG: DER SPRINGENDE PUNKT?

Zuletzt wurde ich auf den Werder-Bremen-Trainer Markus Anfang Aufmerksam gemacht.

Er arbeitete mit einem »gefälschten« Impfausweis, weil er bei seinem eigenen Vater miterlebte, was Herzmuskelentzündigen und Herzinfarkte heißen. Dies legte er zuletzt im ZDF-Sportstudio dar, wo er nach der erzwungenen Total-Unterwerfung immerhin in der Sache argumentierte. Nach Impfung sind sogar reihenweise Top-Athleten tot umgefallen. Es ist im Grunde schon schlimm genug, dass Anfang solche Maßnahmen ergreifen musste, um seinen Beruf auszuüben. »Ich bin auch aktuell nicht geimpft, ich kämpfe auch dagegen an«, erklärte Anfang. Immer mehr Menschen, die ich persönlich kenne, beschäftigen sich mit dem Thema Auswandern. Häufiger genannt werden die Schweiz, Tansania, Polen, die USA, Dänemark, Schweden – und auch Russland. Die BRD hat seit dem 1. Januar 2022 das Auswandern schon erheblich schwieriger gemacht als 2021. Am Ende des Tages muss man sich entscheiden und handeln. Das ist der springende Punkt, sonst passiert nämlich nichts.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 84. Ausgabe ab Samstag, 26. März 2022. | Redaktionsschluss war am 24. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 85 erscheint am 2. April 2022.